**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – HUMAN RESOURCES**Andreas Gerhartl: Papierakten und Datenschutz**

3

Arbeitgeber führen häufig Papierakten, in denen personenbezogene Daten (zB von Mitarbeitern, Bewerbern, Geschäftspartnern, Lieferanten oder Kunden) enthalten sind (beispielsweise Personalakten, Auftragskarteien etc). Es ist daher von Relevanz, was dabei im Hinblick auf datenschutzrechtliche Verpflichtungen zu beachten ist. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Abgrenzung zwischen manueller und automationsunterstützter Datenverarbeitung von Bedeutung.

RECHTSPRECHUNG**»ARBEITSRECHT**

Nebenbeschäftigung einer Pharmareferentin für Humanarzneimittel als Tierärztin – kein Entlassungsgrund	6
Unberechtigte Entlassung wegen Nebentätigkeit im Krankenstand	7
Entlassung eines Netzwerktechnikers nach gehäuften Fehlleistungen	7
Aufzeichnung der Umgebungsgespräche durch Busfahrer – Entlassung	8
Unerwünschte private E-Mails an Arbeitskollegin – Entlassung	8
Verweigerte Arbeitsleistung am freien Tag – kein Entlassungsgrund	9
Unterlassung der Dienstleistung nach Irrtum über Arbeitspflicht – kein Entlassungsgrund	10
Provozierter Raufhandel mit Kunden – Entlassung	10
Entlassung eines Kellners wegen vergessener Bonierung von Getränken	11
Entlassung einer Hausbesorgerin	12
Berechnung der Frist zur Anfechtung der Entlassung	13

»SOZIALVERSICHERUNG

Entgeltliches Praktikum schließt Arbeitslosigkeit aus	13
Grenzen des für Arbeitslose zumutbaren Arbeitsweges	15

»STEUERRECHT

Gewerbliche Vermietung eines Ferrari – Vorsteuerabzug	16
Kein Vorsteuerabzug für Audi Q7	17
Nichtsteuerbarkeit der Umsätze nach Unionsrecht – kein Vorsteuerabzug nach nationalem Recht	17
SPA-Leistungen im 5-Sterne-Wellnesshotel – kein ermäßigter USt-Satz	17
Handel mit fremden Kunstfotografien – Normalsteuersatz	18
Keine Gewerbeberechtigung für Unternehmereigenschaft erforderlich	18

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

DB-Z 132

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

DOV

71. Jahrgang September 2018
Heft 17 Seiten 677–724



Thematischer Schwerpunkt:

Polizeirecht

Anna Leisner-Egensperger,
Polizeirecht im Umbruch:
Die drohende Gefahr

Markus Ogorek, Risikovorsorgende
Videoüberwachung

Thorsten Masuch, Der charakter-
lose Polizist – Zur persönlichen
Eignung für den Polizeivollzugs-
dienst

Guy Beaucamp, Die waffenrecht-
liche Unzuverlässigkeit nach § 5
Abs. 2 Nr. 3 WaffG

Buchbesprechungen

Rechtsprechung in Leitsätzen

www.doev.de
Kohlhammer

17

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Anna Leisner-Egensperger</i> , Jena, Polizeirecht im Umbruch: Die drohende Gefahr	677
<i>Markus Ogorek</i> , Wiesbaden, Risikovorsorgende Videoüberwachung – Eine unzulässige Vermengung präventiver und repressiver Polizeitätigkeit?	688
<i>Thorsten Masuch</i> , Frankfurt am Main, Der charakterlose Polizist – Zur persönlichen Eignung für den Polizeivollzugsdienst	697
<i>Guy Beaucamp</i> , Hamburg, Die waffenrechtliche Unzuverlässigkeit nach § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG	709

Buchbesprechungen

<i>Wim Voermans/Maarten Stremmer/Paul Cliteur</i> , Constitutional Preambles – A Comparative Analysis (<i>Michael Fuchs</i>)	714
<i>Andreas Wegmer</i> , Die staatshaftungsrechtliche Relevanz behördlicher Informationstätigkeit – Möglichkeiten des Sekundärrechtsschutzes geschädigter Unternehmer und Verbraucher (<i>Martin S. Haase</i>)	715

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

551. <i>EuGH</i> , Urteil vom 19.6.2018 – C-15/16 – Baumeister – Tragweite der Pflicht der nationalen Finanzaufsichtsbehörden zur Wahrung des Berufsgeheimnisses	716
552. <i>EuGH</i> , Urteil vom 26.6.2018 – C-451/16 – MB – Geschlechtsumwandlung und Ruhestandsrente; Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	716
553. <i>EuGH</i> , Urteil vom 27.6.2018 – C-230/17 – Altiner u. Ravn – Aufenthaltsrecht drittstaatsangehöriger Familienangehöriger von Unionsbürgern	716
554. <i>EuGH</i> , Urteil vom 27.6.2018 – C-246/17 – Diallo – Ausstellung einer Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers	717

Verfassungsgerichte

555. <i>BVerfG</i> , Beschluss vom 6.6.2018 – 1 BvL 7/14 und 1 BvR 1375/14 – Verbot mehrfacher sachgrundloser Befristung	717
556. <i>BVerfG (Kammer)</i> , Beschluss vom 9.5.2018 – 1 BvR 1884/17 – Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst	717
557. <i>BVerfG (Kammer)</i> , Beschluss vom 16.5.2018 – 2 BvR 635/17 – Pauschale Erhebung von Betriebs- und Stromkosten im Strafvollzug	717
558. <i>HessStGH</i> , Urteil vom 9.5.2018 – P. St. 2670 e.A. – Wahlkreiseinteilung; Gleichheit der Wahl	717

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Öffentliches Dienstrecht

559. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 22.3.2018 – 2 C 20.16 – Familienbezogene Bestandteile der Besoldung bei kinderreichen Beamten	718
560. <i>BVerwG</i> , Beschluss vom 27.3.2018 – 5 P 2.17 – Entsprechende Anwendbarkeit eines personalvertretungsrechtlichen Mitwirkungsstatbestandes	718
561. <i>HambOVG</i> , Beschluss vom 13.2.2018 – 5 Bs 268/17 – Leistungsbewertung bei Einsatz auf einem höher bewerteten Dienstposten	718
562. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 26.4.2018 – 6 B 355/18 – Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens	718
563. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 15.5.2018 – 4 S 2069/17 – Mehrarbeitsvergütung bei Lehrern	719
564. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 22.5.2018 – 6 B 88/18 – Auswahlentscheidung; Verpflichtung des Dienstherrn zur Dokumentation wesentlicher Auswahlerwägungen	719
565. <i>HambOVG</i> , Beschluss vom 22.5.2018 – 5 Bs 80/18 – Ausgestaltung des betrieblichen Wiedereingliederungsmanagements für Beamte	719

Zeitschrift für

VERGABERECHT UND BAUVERTRAGS- RECHT

ZVB

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 128

Herausgeber Josef Aicher, Michael Holoubek, Johannes Schramm, Bernt Elsner,
Michael Fruhmann, Rudolf Lessiak, Andreas Kropik
Redaktion und Schriftleitung Johannes Schramm, Josef Aicher

September 2018

09

341 – 396

BVergG 2018

BVergG 2018 – ausgewählte Grundsatz- und Praxisfragen

Albert Oppel ⌚ 345

Ist der Bestbieter immer der Beste und eine faire Vergabe fair?

Andreas Kropik ⌚ 358

EuGH – Keine Verpflichtung zum proaktiven Offenlegen
einer Konzernverbindung Bernt Elsner und Ruth Bittner ⌚ 373

EuGH – Ausschluss wegen potentieller Kollusion Hans Gölles ⌚ 379

Bauvertragsrecht

Preisumrechnung von Bauleistungen und ÖNORM B 2111

Andreas Kropik ⌚ 383

OGH – Kosten einer Bauaufsicht bei den Sanierungsarbeiten –
Verbesserung? Carina Berl ⌚ 394



→ Editorial	341
<i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i>	

ZVB-Aktuell	344
-----------------------	-----

Vergaberecht

Beiträge

→ BVergG 2018 – ausgewählte Grundsatz- und Praxisfragen	345
---	-----

Das neue BVergG 2018 bietet Anlass, ausgewählte Grundsatz- und Praxisfragen zusammenzustellen. Ein Überblick über wichtige Änderungen war Gegenstand eines vorangegangenen Beitrags. Hier stehen hingegen Fragen im Vordergrund, die oft nur am Rande oder gar nicht von Änderungen betroffen, für die Vergabepraxis aber dennoch grundlegend sind. Der Überblick folgt den Paragraphen des BVergG 2018 und legt den Schwerpunkt auf den klassischen Bereich. Der Zielsetzung eines Überblicks entsprechend können die Fragen nur angerissen werden.

Von Albert Opperl

→ Ist der Bestbieter immer der Beste und eine faire Vergabe fair?	358
---	-----

Teil 1: Alles ist Mathematik und noch ein bisschen mehr

Vergabeverfahren sind entsprechend den Grundsätzen des freien und lautereren Wettbewerbs und der Gleichbehandlung aller Bewerber und Bieter durchzuführen (§ 19 Abs 1 BVergG 2006). An anderer Stelle (§ 20 Abs 5) wird dann auch der faire Wettbewerb gefordert. Die Novelle 2015 zum BVergG verpflichtet die öffentlichen Auftraggeber (AG) bei der Vergabe von bestimmten öffentlichen Aufträgen verstärkt zum Einsatz des Bestbieterprinzips (Zuschlag auf das technisch und wirtschaftlich günstigste Angebot). Die Bieterangaben zu den einzelnen Kriterien, wie Preis oder Qualität, oder gar die Ästhetik eines Architekturentwurfs müssen in ein mathematisches Modell übergeführt werden. Diese Transformation hat aber ihre Tücken. Bislang fehlt eine vertiefte Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragen zur Bildung von Algorithmen sowie zu generellen Fragen der Fairness eines (Aus-)Wahlsystems im Zusammenhang mit der Bestbieterermittlung. Dieser Beitrag liefert dazu Denkanstöße. Auf eine umfassende Auseinandersetzung mit der aktuellen Judikatur wird bewusst verzichtet.

Von Andreas Kropik

ZVB-Leitsatzkartei

→ ZVB-LSK 2018/68–80	372
--------------------------------	-----

Rechtsprechung

→ Keine Verpflichtung zum proaktiven Offenlegen einer Konzernverbindung durch Bieter	373
--	-----

EuGH 17. 5. 2018, C-531/16, *Specializuotas transportas*; EuGH 23. 12. 2009, C-376/08, *Serrantoni*; EuGH 19. 5. 2009, C-538/07, *Assitur*; VwGH 18. 6. 2012, 2010/04/0011; BVA 13. 7. 2012, N/0062-BVA/04/2012–31

Mit Anmerkung von Bernt Elsner und Ruth Bittner

→ Ausschluss wegen potenzieller Kollusion; Möglichkeit der Beteiligung von mehreren abhängigen Unternehmen derselben Gruppe	379
---	-----

EuGH 8. 2. 2018 C-144/17, *Lloyd's*

Mit Anmerkung und Praxistipp von Hans Gölles

Bauvertragsrecht

Beitrag

- Problemstellungen bei der Preisumrechnung von Bauleistungen und der Anwendung der ÖNORM B 2111 **383**

Die meisten Gewerbe sind zurzeit überschaubaren Kostenveränderungen ausgesetzt. Die gute Baukonjunktur kann allerdings auf den Beschaffungsmärkten erhebliche Preisreaktionen auslösen. Auch manche sensible Märkte für Baumaterialien, zB Stahl oder Kupfer, sind für überraschende Preisentwicklungen bekannt. Eine Beschäftigung mit Fragen zur Preisumrechnung und den damit zusammenhängenden Rechten und Pflichten der Vertragspartner ist daher angebracht.

Von *Andreas Kropik*

Rechtsprechung

- Hat der mangelhaft leistende Werkunternehmer die Kosten einer Bauaufsicht bei den Sanierungsarbeiten im Wege der Verbesserung zu tragen? **394**

OGH 25. 4. 2018, 2 Ob 230/17 p

Mit Anmerkung und Praxistipp von *Carina Berl*

Standards

- Impressum **341**



[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Mag. *Carina Berl*, Rechtsanwaltsanwältin bei Lessiak & Partner Rechtsanwälte
 Dr. *Ruth Bittner*, Associate bei CMS Reich-Rohrwig Hainz
 MMag. Dr. *Berni Elsner*, Partner bei CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte GmbH
 Dr. *Hans Gölles*, zertifizierter Sachverständiger und Schiedsrichter im Bauvertrags- und Vergaberecht
 Christian *Graf*, LL.M. (WU), Landesholding Burgenland GmbH
 Univ.-Prof. DI Dr. *Andreas Kropik*, Technische Universität Wien
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. *Hannes Pesendorfer*, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. *Stephan Denk*, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer
 Dr. *Heimo Ellmer*, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger
 Dr. *Hans Gölles*, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe
 Mag. *Reinhard Grasböck*, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Doz. Dr. *Brigitte Gutknecht*, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien
 Univ.-Prof. DI Dr. *Andreas Kropik*, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger
 Dr. *Rudolf Lessiak*, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht

Dr. *Matthias Öhler*, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. *Franz Pachner*, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMWFW IR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. *Otto-Imre Pathy*, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
 Dr. *Robert Berger*, Amt der Salzburger Landesregierung
 Dr. *Doris Hattenberger*, Universität Klagenfurt
 Mag. *Beatrix Lehner*, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)
 Dr. *Albert Oppel*, Richter des Verwaltungsgerichtes Wien
 Mag. *Christian Ruzicka*, Stadt Wien, MA 63
 Dr. *Sigmund Rosenkranz*, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol
 Mag. *Manja Schlossar-Schiretz*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Mag. *Karin Schnabl*, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Dr. *Volker Wurdinger*, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik: zfhr



D3-Z130

zeitschrift für hochschulrecht,
hochschulmanagement
und hochschulpolitik: zfhr

Herausgeber und Schriftleitung:

M. Novak
B. Perthold-Stoitzner
E. Schulev-Steindl



Heft 4
August 2018
17. Jahrgang

Aufsätze

Univ.-Prof. Dr. Anna Campese

**Wissenschaftsfreiheit: Entwicklung und
Herausforderungen in Zeiten des
Postfaktizismus**

113

Ass.-Prof. Mag. Dr. Manfred Novak

**Ethikkommissionen und Wissenschaftsfreiheit –
zwischen Schutzfunktion und
Kompetenzgrenzen**

127

Prof. Dr. Diana zu Hohenlohe, LL.M.

**Ausländische Durchführungsstandorte von
österreichischen Privatuniversitäten: Cui bono?
Erste Erfahrungen – Bericht über eine
Fachtagung am 6. April 2018 an der
Sigmund Freud Privatuniversität Wien**

139

Rechtsprechung

Volltext

144

Buchbesprechungen

149

Impressum

149

VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z107

August 2018 / Heft 4, Seiten 273–352 (5. Jahrgang)

- 273 Editorial
276 News-Radar (zusammengestellt von Gunther Gruber)

Aufsätze

- 279 Formalparteien und Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens nach § 45 VStG
Bernhard Kuderer und Katrin Landl-Mraczansky
284 Fast perfekt: Die Konzentration der Kundmachungskontrolle beim VfGH nach VfGH
28.6.2017, V 4/2017
Matthäus Metzler

Judikatur (ZVG-Slg 61–80)

- 300 Örtliche Zuständigkeit der Agrarbehörde bei bundesländerübergreifenden Agrargemeinschaften
VwGH 19.4.2018, Ro 2017/07/0017
302 Form der Ladung und Notwendigkeit des Erscheinens der geladenen Person
LVwG NÖ 17.11.2017, LVwG-S-2508/001-2017
319 Mountainbiken auf Forststraßen – Übertretung des Forstgesetzes 1975
LVwG OÖ 28.5.2018, LVwG-500381/6/KLe (Anmerkung von Manfred Hübsch)
326 Ausweisung nach § 66 Abs 1 FPG – Ermangelung der Bestreitung des Lebensunterhalts samt strafrechtlicher Verurteilung
BVwG 29.1.2018, G313 2123761-1/22E (Anmerkung von Philipp Karesch)
336 Beeinträchtigung eines grundbücherlichen Gehrechts verletzt kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht
LVwG Salzburg 16.5.2018, 405-3/367/1/4-2018
345 Posting „Wir sind wieder asylantenfrei“ auf der Facebook-Seite eines Lokals ist eine verbotene Diskriminierung
VwGH 24.4.2018, Ro 2017/03/0016



Herausgeber: Wolfgang Berger, Wilhelm Bergthaler, Johannes Fischer, Gunther Gruber,
Michael Mayrhofer (Schriftleitung), Katharina Pabel (Schriftleitung), Harald Perl

INHALT

EDITORIAL

273 Editorial

NEWS-RADAR

276 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Praxis
Gunther Gruber

AUFSÄTZE

279 Formalparteien und Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens nach § 45 VStG
Bernhard Kuderer und Katrin Landl-Mraczansky

284 Fast perfekt: Die Konzentration der Kundmachungskontrolle beim VfGH nach VfGH 28.6.2017, V 4/2017
Matthäus Metzler

JUDIKATUR (ZVG-Slg 61–80)

VERFAHRENSRECHT

Verfahrensrecht der Verwaltungsgerichte

294 Keine Zurückweisung wegen Versehens bei Angabe der Geschäftszahl in der Beschwerde
VwGH 2.5.2018, Ra 2017/02/0254

295 Neufestsetzung eines zunächst bescheidmäßig angeordneten Ladungstermins durch das VwG
LVwG NÖ, 1.3.2018, LVwG-S-30/001-2018

Verfahrensrecht der Verwaltungsbehörden

298 Antrag auf Verlängerung des Aufenthaltstitels für den Zweck „Studierende“ gem § 64 Abs 3
Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
VwG Wien, 20.4.2018, VGW-151/032/1486/2018

300 Örtliche Zuständigkeit der Agrarbehörde bei bundesländerübergreifenden Agrargemeinschaften
VwGH 19.4.2018, Ro 2017/07/0017

302 Form der Ladung und Notwendigkeit des Erscheinens der geladenen Person
LVwG NÖ 17.11.2017, LVwG-S-2508/001-2017

304 Bedeutung der Übersetzungspflicht gem Art 5 RHÜ 2000 für die rechtswirksame Zustellung eines
Bescheids
LVwG NÖ, 8.3.2018, LVwG-S-129/001-2017; LVwG-S-130/001-2017; LVwG-S-131/001-2017

MATERIENRECHT

Wirtschaftsrecht

309 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bei Bescheiden der FMA verfassungswidrig
VfGH 2.3.2018, G 257/2017

312 Nach Verfügung einer Betriebsschließung aufgrund des GSpG ist die Erlassung eines Mandatsbescheides
nicht zulässig
LVwG VlbG 7.3.2018, LVwG-440-1/2018-R7

Umweltrecht

316 Lagerung von Pferdemist in einem zu geringen Abstand von einem Oberflächengewässer
LVwG Salzburg 28.3.2018, 405-1/288/1/2-2018

317 Unzulässigkeit eines Auftrags nach § 138 Abs 2 WRG 1959 während eines wasserrechtlichen
Bewilligungsverfahrens
LVwG NÖ 27.11.2017, LVwG-AV-1323/001-2017

319 Mountainbiken auf Forststraßen – Übertretung des Forstgesetzes 1975
LVwG OÖ 28.5.2018, LVwG-500381/6/KLe (Anmerkung von Manfred Hübsch)

Verkehrswesen

- 324 Verpflichtung zur Verwendung eines Fahrtschreibers
VG Wien 26.2.2018, VGW-031/050/1910/2018

Fremden- und Migrationswesen

- 326 Ausweisung nach § 66 Abs 1 FPG – Ermangelung der Bestreitung des Lebensunterhalts samt strafrechtlicher Verurteilung
BVwG 29.1.2018, G313 2123761-1/22E (Anmerkung von Philipp Karesch)
- 330 Abweisung eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels für den Zweck „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“
VG Wien 18.4.2018, VGW-151/032/4758/2018

Sicherheitswesen

- 333 Antrag auf Ausstellung eines Waffenpasses für zwei Schusswaffen der Kategorie B nach dem Waffengesetz
VG Wien 26.1.2018, VGW-103/040/8424/2017

Bauwesen und Naturschutz

- 336 Beeinträchtigung eines grundbücherlichen Gehrechts verletzt kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht
LVwG Salzburg 16.5.2018, 405-3/367/1/4-2018
- 338 Abweisung eines Antrages auf Verlängerung der Bauvollendungsfrist
LVwG NÖ 24.11.2017, LVwG-AV-111/001-2017

Arbeits-, Dienst- und Sozialversicherungsrecht

- 341 Zuständigkeit des BVwG für Beschwerden in Verwaltungssachen nach dem BPGG
VwGH 6.3.2018, Ra 2017/08/0071
- 343 Vermögenserträge sind vom Pflegeregressverbot nicht umfasst
LVwG VlbG 21.3.2018, LVwG-340-7/2018-R3

Sonstige Materien

- 345 Posting „Wir sind wieder asylantenfrei“ auf der Facebook-Seite eines Lokals als verbotene Diskriminierung
VwGH 24.4.2018, Ro 2017/03/0016

TIPPS & INFOS

- 348 Bücherliste
349 Herausgeber
350 Autoren / Beirat
351 Impressum

Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

September 2018

277 – 312

Beiträge

**Digitale Zusatztafeln im
Straßenverkehr**

Konrad Lachmayer und Lukas Wieser ⌚ 280

Instanzenzug im Eisenbahngesetz Elisabeth Gruber ⌚ 286

Berichte

Entwicklungen im europäischen Schadenersatzrecht 2017

Lena Kolbitsch ⌚ 289

KFV-Fachtagung zum Thema „Drogen als Problem
im Straßenverkehr“ Christoph Feymann ⌚ 292

Gesetzgebung und Verwaltung

Bundesrecht Gerhard Pürstl ⌚ 295

Rechtsprechung

Schadenersatz für den durch die Vertauschung zweier Frühgeborener
nach der Geburt erlittenen Seelenschmerz Alexander Wittwer ⌚ 299

Judikaturübersicht Verwaltung

Polizeibeamter ist keine geeignete „Stelle“,
die entschuldigenden Verbotsirrtum auslösen kann ⌚ 309

Fortgesetztes Delikt kann nur Verstöße gegen
dieselbe Rechtsvorschrift betreffen ⌚ 311



→ Editorial	277
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

Beiträge

→ Digitale Zusatztafeln im Straßenverkehr	280
Ein Beitrag zur Kundmachung von Verordnungen	
Die fortschreitende Digitalisierung des Straßenverkehrs hat viele Facetten. So ermöglicht etwa die Einführung digitaler Zusatztafeln auf Baustellen die Professionalisierung und Flexibilisierung der Kundmachung von Halte- und Parkverboten. Während die elektronische Kundmachung von Verordnungen im Rahmen bestehender straßenpolizeilicher Vorgaben umsetzbar ist, bestehen für weitergehende Dynamisierungen der Verordnungskundmachung nur teilweise gesetzliche Grundlagen in der StVO.	
<i>Von Konrad Lachmayer und Lukas Wieser</i>	
→ Instanzenzug im Eisenbahngesetz	286
In einer wegweisenden Entscheidung hat der VwGH nun den Instanzenzug im EibG klargestellt.	
<i>Von Elisabeth Gruber</i>	
→ Neues aus Brüssel und Luxemburg	287
Der Kommission gelingt es mit dem dritten Mobilitätspaket binnen eines Jahres erneut, Lösungen vorzulegen, um den zentralen Herausforderungen des Straßenverkehrs zu begegnen. Für die österr EU-Präsidentschaft steht nun bspw eine Überarbeitung der Bestimmungen zum Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur am Programm; offen sind weiterhin die Dossiers zu den Sozialbestimmungen und den Marktzugangsregeln. Für Diskussionsstoff sorgen derzeit auch Änderungsvorschläge zur Kfz-Haftpflichtversicherung. Andere Gesetzgebungsprozesse konnten hingegen abgeschlossen werden. Im Luftverkehr setzen sich die EU-Institutionen weiterhin für gerechten Wettbewerb und Sicherheit sowie eine hohe Qualität im Bereich Fluggastrechte ein.	
<i>Von Othmar Thann</i>	

Berichte

→ Entwicklungen im europäischen Schadenersatzrecht 2017	289
Bericht über die 17th Annual Conference on European Tort Law	
<i>Von Lena Kolbitsch</i>	
→ KfV-Fachtagung zum Thema „Drogen als Problem im Straßenverkehr“	292
<i>Von Christoph Feymann</i>	
→ Österreichischer Verkehrssicherheitspreis „Aquila 2018“ verliehen	293
<i>Von Ingrid Rozhon</i>	

Gesetzgebung und Verwaltung

→ Bundesrecht	295
<i>Von Gerhard Pürstl</i>	

Rechtsprechung

→ Schadenersatz für den durch die Vertauschung zweier Frühgeborener nach der Geburt erlittenen Seelenschmerz	299
174: OGH 22. 3. 2018, 4 Ob 208/17t	
<i>Mit Anmerkung von Alexander Wittwer</i>	

Judikaturübersicht Verwaltung

→ StVO	308
175: VwGH 21. 3. 2018, Ra 2017/02/0277 Bezeichnetes Gerät, Baujahr ist irrelevant	
176: VwGH 22. 3. 2018, 2017/02/0228	308
Abstandsmessung, Messvorgang muss nachvollziehbar sein	
→ VStG	309
177: VwGH 19. 3. 2018, Ra 2017/02/0184 Polizeibeamter ist keine geeignete „Stelle“, die entschuldigenden Verbotsirrtum auslösen kann	
→ KFG	310
178: VwGH 22. 2. 2018; 2017/11/0313 Lenkererhebungsverfahren, Akteneinsicht besteht im vollen Umfang	
179: VwGH 16. 3. 2018, Ra 2017/02/0265	311
Fortgesetztes Delikt kann nur Verstöße gegen dieselbe Rechtsvorschrift betreffen	

Standards

→ Impressum	277
→ Buchbesprechung	312



taxlex – Fachzeitschrift für Steuerrecht

Jährlich 11 Hefte. Erscheint 2018 im 14. Jahrgang.
 Jahresabonnement 2018 EUR 202,- inkl. Versand (in Österreich)
 Kennenlern-Abonnement 2018: 3 Hefte EUR 10,- inkl. Versand (in Österreich)

Schwerpunkt Jahressteuergesetz 2018

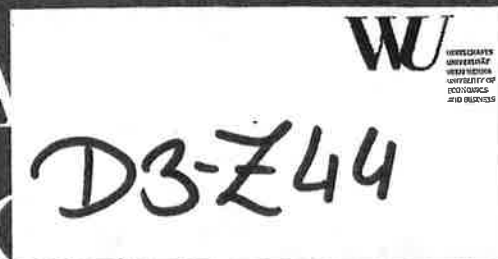
- Paradigmenwechsel im Konzernsteuerrecht
- Advance Ruling - Version 3.0
- Änderungen im GebG, im GrBStG sowie im VersStG
- Änderungen des Finanzstrafgesetzes
- Horizontal Monitoring
- Zur Trennung von Gebäude und Grund und Boden
- Missbrauch neu
- uvm

Jetzt in der taxlex 7/8 | 2018
 Einzelheft EUR 22,- bestellen unter 01/531 61-100

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
 TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1014 Wien www.manz.at

MANZ

ABGABEN-, FINANZ- UND STEUERRECHT



BFG-ERKENNTNISSE ZUM ABGABEN- UND STEUERRECHT

2018 / Heft 4, Seiten 121–160 (16. Jahrgang)

Steuer & Service

- 122 Vertriebsbüro einer Versicherungsgesellschaft keine Hilfsbetriebsstätte (EAS 3399)
- 123 Keine Wegzugsbesteuerung aufgrund des Abschlusses des neuen DBA-Japan (EAS 3402)
- 124 Filmproduktion in Österreich keine Betriebsstätte (EAS 3404)

Bundesfinanzgericht

- 125 BFG-kompakt – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
- 128 Verrechnung einer Geschäftsraummiete mit oder ohne Umsatzsteuer
- 130 Einbeziehung öffentlicher Gelder bei der Ermittlung des Einheitswertes eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes
- 133 Katastrophenschaden – Nachweis der Kostentragung
- 134 Zwangsstrafe
- 136 Nicht erklärte ausländische Kapitaleinkünfte
- 139 Verfahrenseinstellung nach amtswegiger Löschung der beschwerdeführenden GmbH gemäß § 40 FBG
- 141 Benutzung der Postversandbox außerhalb der Öffnungszeiten setzt die postalische Behandlung des Schreibens erst am nächsten Öffnungstag in Gang
- 143 Zulässigkeit eines von einem Bilanzbuchhalter eingebrachten Vorlageantrages
- 144 Hauptwohnsitzbefreiung gemäß § 30 Abs 2 Z 1 EStG 1988 im Fall eines „Mietkaufmodells“
- 146 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“

Verwaltungsgerichtshof

- 150 Anhängige Amtsrevisionen
- 154 Liebhaberei und Prognoserechnung

Herausgeber: Hubert W. Fuchs und Klaus Hilber

INHALT

STEUER & SERVICE

- 122 Vertriebsbüro einer Versicherungsgesellschaft keine Hilfsbetriebsstätte (EAS 3399)
BMF-010221/0049-IV/8/2018 (EAS 3399) vom 8.6.2018 (Hubert W. Fuchs)
- 123 Keine Wegzugsbesteuerung aufgrund des Abschlusses des neuen DBA-Japan (EAS 3402)
BMF-010221/0050-IV/8/2018 (EAS 3402) vom 8.6.2018 (Hubert W. Fuchs)
- 124 Filmproduktion in Österreich keine Betriebsstätte (EAS 3404)
BMF-010221/0059-IV/8/2018 (EAS 3404) vom 8.6.2018 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 125 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
(Klaus Hilber)
- 128 Verrechnung einer Geschäftsraummiete mit oder ohne Umsatzsteuer
BFG 6.6.2018, RV/5101672/2014 (Clemens Endfellner)
- 130 Einbeziehung öffentlicher Gelder bei der Ermittlung des Einheitswertes eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes
BFG 6.3.2018, RV/7104104/2017 (Peter Pülzl)
- 133 Katastrophenschaden – Nachweis der Kostentragung
BFG 25.5.2018, RV/5101252/2016 (Klaus Hilber)
- 134 Zwangsstrafe
BFG 22.6.2017, RV/4100540/2016 (Klaus Hilber)
- 136 Nicht erklärte ausländische Kapitaleinkünfte
BFG 20.3.2018, RV/7102596/2014 (Hubert W. Fuchs)
- 139 Verfahrenseinstellung nach amtswegiger Löschung der beschwerdeführenden GmbH gemäß § 40 FBG
BFG 18.6.2018, RV/5100553/2016 (Hubert W. Fuchs)
- 141 Benutzung der Postversandbox außerhalb der Öffnungszeiten setzt die postalische Behandlung des Schreibens erst am nächsten Öffnungstag in Gang
BFG 23.7.2018, RV/5101019/2018 (Hubert W. Fuchs)
- 143 Zulässigkeit eines von einem Bilanzbuchhalter eingebrachten Vorlageantrages
BFG 9.5.2018, RV/7100674/2018 (Hubert W. Fuchs)
- 144 Hauptwohnsitzbefreiung gemäß § 30 Abs 2 Z 1 EStG 1988 im Fall eines „Mietkaufmodells“
BFG 9.5.2018, RV/7100674/2018 (Hubert W. Fuchs)
- 146 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“
(Hubert W. Fuchs)



VERWALTUNGSGERICHTSHOF

- 150 ANHÄNGIGE AMTSREVISIONEN
(Hubert W. Fuchs)
- 154 Liebhaberei und Prognoserechnung
VwGH 27.11.2017, Ro 2016/15/0007 (Klaus Hilber)
- 156 Buchbesprechungen
- 160 Herausgeber, Autoren
- U3 Impressum

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z135

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Rüdiger Breuer

Prof. Dr. Martin Burgi

Prof. Dr. Christian Calliess

Dr. Josef Christ

Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde

Dr. Frank Fellenberg

Dr. Andreas Heusch

Prof. Dr. Thomas Mayen

Prof. Dr. Hubert Meyer

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke

Prof. Dr. Joachim Scherer

Dr. Heribert Schmitz

Prof. Dr. Friedrich Schoch

Dr. Thomas Schroer

Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de

Mit Beiträgen zur
78. Staatsrechtslehrertagung



17/2018

1. September 2018

37. Jahrgang S. 1241–1336

Aus dem Inhalt

M. Schladebach

Rechtsanwendungsgleichheit in Mehrebenensystemen 1241

J. Kersten

Regulierungsauftrag für den Staat im Bereich der
Fortpflanzungsmedizin 1248

L. Prell

E-Government: Paradigmenwechsel in Verwaltung
und Verwaltungsrecht? 1255

A. Berger

Der automatisierte Verwaltungsakt 1260

A. Heusch/F. Dickten

Zum verfassungsrechtlichen Status der Kommunen 1265

M. Ludwigs

Die 16. AtG-Novelle 1268

M. Wiemers

Rundfunkfinanzierung ohne Lösung – auch nach
der jüngsten Entscheidung aus Karlsruhe 1272

L. Giesberts

„Diesel-Verkehrsverbote“ ausnahmsweise möglich! 1276

EuGH

Unterbliebene Geltendmachung einer Nichtigkeits-
klage (Anm. *M. Ebrmann*) 1288

BVerwG

Ausgleichsanspruch von Feuerwehrbeamten für
unionsrechtswidrige Zuvielarbeit (Anm. *A. Schunder*) 1314

BVerwG

Rechtswidriger Planfeststellungsbeschluss für
Errichtung und Betrieb von Höchstspannungs-
freileitungen (Anm. *M. Kment*) 1322



2750201817

Mit Beiträgen zur 78. Staatsrechtslehrertagung

Inhalt

Aufsätze		<i>M. Schladebach</i> , Rechtsanwendungsgleichheit in Mehrebenensystemen	1241
		<i>J. Kersten</i> , Regulierungsauftrag für den Staat im Bereich der Fortpflanzungsmedizin	1248
		<i>L. Prell</i> , E-Government: Paradigmenwechsel in Verwaltung und Verwaltungsrecht?	1255
		<i>A. Berger</i> , Der automatisierte Verwaltungsakt	1260
Berichte		<i>A. Heusch/F. Dickten</i> , Zum verfassungsrechtlichen Status der Kommunen	1265
Kurze Beiträge		<i>M. Ludwigs</i> , Die 16. AtG-Novelle	1268
Zur Rechtsprechung		<i>M. Wiemers</i> , Rundfunkfinanzierung ohne Lösung – auch nach der jüngsten Entscheidung aus Karlsruhe	1272
		<i>L. Giesberts</i> , „Diesel-Verkehrsverbote“ ausnahmsweise möglich!	1276
Personalien		<i>M. Ludwigs</i> , Matthias Schmidt-Preuß zum 70. Geburtstag	1280
Buchbesprechungen		H. v. Mangoldt/F. Klein/C. Starck/P. M. Huber/A. Voßkuhle, Kommentar zum Grundgesetz (<i>M. H. W. Möllers</i>)	1281
		E. Staebe, Eisenbahnregulierungsgesetz (<i>U. Kramer</i>)	1282
Rechtsprechung			
EuGH	29. 5.18 – C-426/16	Rituelle Schlachtungen ohne Betäubung der Tiere	1283
EuGH	25. 7.18 – C-135/16	Unterbliebene Geltendmachung einer Nichtigkeitsklage Anm. <i>M. Ehrmann</i>	1288 1291
BVerfG	18. 7.18 – 1 BvR 1675/16	Rundfunkbeiträge im Wesentlichen verfassungsgemäß	1293
BVerfG	27. 6.18 – 2 BvR 1405/17	Durchsuchung einer Anwaltskanzlei im Zuge des VW-Diesel-Skandals (Ls.)	1309
BVerfG	27. 6.18 – 2 BvR 1562/17	Beschwerdebefugnis von Anwälten – VW-Diesel-Skandal (Ls.)	1309
BVerfG	27. 6.18 – 2 BvR 1287/17	Beschwerdeberechtigung ausländischer Kanzleien – VW-Diesel-Skandal (Ls.)	1309
StGH/Hess	9. 5.18 – PSt.2670	Neuzuschnitt von Wahlkreisen für Landtagswahl im Eilverfahren	1310

BVerwG	19. 4.18 – 2 C 40/17	Ausgleichsanspruch von Feuerwehrbeamten für rechtswidrige Zuvielarbeit	1314
		Anm. A. Schunder	1318
BVerwG	25. 1.18 – 1 C 7/17	Nachträgliche Aufhebung eines vom BAMF angeordneten Einreiseverbots	1319
BVerwG	27. 3.18 – 1 A 5/17	Abschiebungsanordnung gegen einen radikal-islamistischen Gefährder (Ls.)	1322
BVerwG	19. 4.18 – 1 C 1/17	Staatsangehörigkeitsverlust durch Vaterschaftsanfechtung (Ls.)	1322
BVerwG	14. 3.18 – 4 A 5/17	Rechtswidriger Planfeststellungsbeschluss – Höchstspannungsfreileitungen	1322
		Anm. M. Kment	1329
OVG Magdeburg	14. 2.18 – 2 K 3/17	Aussetzung des Verfahrens zur Heilung von materiell-rechtlichen Mängeln	1331
OVG Bremen	20. 3.18 – 1 LB 55/17	Generelles zwischenbehördliches Mandat – gesetzliche Grundlage (Ls.)	1332
BGH	26. 4.18 – III ZR 367/16	Schadensersatz wegen unzutreffender Auskunft	1333

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-RR, NVwZ-Blog und **NVwZ**
 Rechtsprechung in Pressemitteilungen
 Rechtsprechung in Leitsätzen
 Personalie und Veranstaltungen

VII
 VIII
 VIII
 X



Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Berlin

Start: 22.11.2018 ▶ mit Durchführungsgarantie

Leipzig

Start: 13.06.2019

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de

ARBBER
 seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
 Fax 07066 - 90 08 22
 Kontakt: ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter
www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben



ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
 Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Praise.
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11-0241, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
 E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz.**

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2018: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 325,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 285,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 519,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** (w.o.) jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,50 (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb

von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
 Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
 Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
 E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-ZM2

9/2018

SCHWERPUNKT

Gewerbe findet Stadt

SDG

Kommunales Know-how für Nahost

VERKEHR

Automatisiertes Fahren



GENERALSEKRETÄR



Für eine bessere Welt

Die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) rufen zur gemeinsamen Lösung globaler Herausforderungen auf. Der Städtebund bemüht sich auf vielen Ebenen – etwa mit Workshops, Konferenzen oder einer Best-Practice-Sammlung – um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden. Dazu holen wir in der ÖGZ regelmäßig Initiativen vor den Vorhang, die ihr Handeln an den SDGs orientieren. Da es bei den Nachhaltigkeitszielen nicht nur um Umweltthemen geht, erzählen wir diesmal von
Bürgermeister a. D. Peter Locherer aus Amtzell in Baden-Württemberg: Peter Locherer und KollegInnen aus vier weiteren baden-württembergischen Gemeinden unterstützen im Rahmen des Programmes „Kommunales Know-how für Nahost“ eine Stadt im Libanon bei der Bewältigung aktueller Probleme. In ihrer Partnerstadt Ghazzée sind aktuell Projekte zu Wasser- versorgung, Abfallentsorgung und Abwasser- entsorgung gefragt, also klassische kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge. Kleine Lösungen vor Ort, die im Zeichen globaler Verantwortung stehen.

Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

STÄDTEBUND AKTUELL 04

PERSONALIA 05

KOMMUNALNEWS 06
Aktuelles aus den Städten

SCHWERPUNKT GEWERBE

Gewerbeordnung
GewO, quo vadis? 12

GewO-Novelle 2017
Änderung von anlagenrechtlichen Teilen 16

§ 32 GewO
Flexible Nebenrechte – Fluch oder Segen? 19

Gewerbliche Betriebsanlagen
Umweltinspektionen 22

Heranrückende Wohnbebauung
Neue Nachbarn im Betriebsanlagenverfahren 26

Entrepreneurship
Start-up-Ökosysteme in Städten 28

MAGAZIN

RGRE-Kongress Bilbao
Equality, Diversity and Inclusion 32

Ambient Assisted Living
Wels testet „Qwiek.up“ 36

Barrierefreiheit
Etappenplan Salzburg 37

Pension Gap
Pensionslücke zwischen Frauen und Männern 38

SDGs
Kommunales Know-how in Nahost 40

DB-Z21

BBK

17

7.9.2018

www.nwb.de

799 **Buchführungs-Seminar**
AfA nach einer Einlage

Udo Cremer

804 **Steuerrecht**

Neue Leitlinien zur Überlassung von Firmenwagen
an Arbeitnehmer

Susanne Weber

821 **Bilanzierung**

Änderungen beim Eigenkapital durch die steuerliche
Außenprüfung

Wolfgang Eggert

826 **Umsatzsteuer**

Eine Nachschau zur Praxis der (Umsatzsteuer-)Nachschau

Bernd Levenig

793 Steuerrecht aktuell: Zur Gewinnrealisierung bei Provisionsansprüchen;
Vorsteuerabzug bei Briefkastenanschrift des Rechnungsausstellers;
Umsatzsteuerberichtigung bei unrichtigem Steuerausweis;
Keine Deckelung bei Kfz-Privatnutzung nach 1 %-Methode

Herausgeber:

Prof. Dr. Carsten Theile • VRiFG, Bernd Rätke • StB/WP Wolfgang Eggert



GOGREEN

Klimaneutraler Versand
mit der Deutschen Post

BBK

SCHNELL GELESEN

- 792 ► Eine Nachschau zur Praxis der
(Umsatzsteuer-)Nachschau

KURZNACHRICHTEN

- 793 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BEITRÄGE

- 799 Buchführungs-Seminar
AfA nach einer Einlage
Udo Cremer

- 804 Steuerrecht
**Neue Leitlinien zur Überlassung von
Firmenwagen an Arbeitnehmer**
Susanne Weber

- 821 Bilanzierung
**Änderungen beim Eigenkapital durch die
steuerliche Außenprüfung**

Wolfgang Eggert

- 826 Umsatzsteuer
**Eine Nachschau zur Praxis der
(Umsatzsteuer-)Nachschau**

Bernd Levenig

► Kurzfassung Seite 792

- 835 Neuerscheinungen/Veranstaltungen

- 836 Impressum



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Galerie



Siehe auch



Quelle



Video



Berechnung



Merksatz

BFG *journal*

BFG-Entscheidungen aus erster Hand

Interview

Dr. Martin Vock, Leiter der BAO-Abteilung im BMF

BFG und Höchstgerichte

Entgeltlicher Verzicht auf Wohnungsgebrauchsrecht
Anbringen per E-Fax entspricht der Telekopie-VO

Ertragsteuern

Schwimmteich als Löschteich eines Sachverständigen
Steuerbegünstigung bei Dienstfindungsvergütungen
Untergang von Verlustvorträgen bei Umwandlung

Kfz-Steuer

Steuerpflicht trotz vertraglicher Nutzungseinschränkung

Umsatzsteuer

Verspätete Entrichtung und Säumniszuschlag

BFG und Auslandsbezug

Finanzgerichtliches Verfahren in Österreich und Deutschland

Inhalt

„Verfahrensrechtliche Themen sind in den Fokus der Steuerpolitik gerückt“

Im BFGjournal zu Gast: Im BFGjournal zu Gast: Dr. Martin Vock, LL.M., Leiter der Abteilung für Abgabenverfahrens- und Exekutionsrecht im BMF, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank 326

Schwimmteich als Löschteich eines Sachverständigen für Pyrotechnik

(BFG 2. 1. 2018, RV/5100290/2017 – Florian Fiala / Benedikt Hörtenhuber) 329

BFG und Höchstgerichte: Entgeltlicher Verzicht auf ein Wohnungsgebrauchsrecht ist steuerpflichtig nach § 29 Z 3 EStG

(VwGH 31. 1. 2018, Ro 2017/15/0018; BFG 19. 1. 2017, RV/5100806/2015 – Patrick Leyrer / Kristin Resenig) 334

Keine Steuerbegünstigung, wenn keine Dienstfindungsvergütung im Sinne des Patentgesetzes vorliegt

(BFG 1. 3. 2018, RV/5101676/2017 – Claudia Angerer) 338

Untergang von Verlustvorträgen bei Umwandlung nach Übertragung der Anteile innerhalb der Familie

(BFG 16. 6. 2017, RV/7101637/2016 – Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner) 341

Kfz-Steuerpflicht trotz vertraglicher Nutzungseinschränkung

(BFG 25. 6. 2018, RV/7101081/2013 – Katharina Deutsch) 344

Säumniszuschlag und verspätete Entrichtung der USt bei Ausübung der Option nach § 6 Abs 2 UStG

(BFG 29. 5. 2018, RV/6100511/2017 – Ralf Schatzl) 347

Verdeckte Ausschüttung an den Gesellschafter bei Forderung der Gesellschaft infolge von Entnahmen

(BFG 18. 4. 2018, RV/7105254/2016) 350

Umgründungen und Grunderwerbsteuer

(BFG 7. 8. 2018, RV/5101503/2017) 351

BFG und Höchstgerichte: Anbringen per E-Fax entspricht der Telekopie-VO

(VwGH 29. 5. 2018, Ro 2017/15/0024; BFG 17. 3. 2017, RV/3100234/2012 – Rolf Kapferer / Robert Rzeszut) 352

BFG und Höchstgerichte: Amtsrevision – Rechtsanwaltskosten iZm einem Arzthaftungsprozess als außergewöhnliche Belastung?

(BFG 25. 6. 2018, RV/7103979/2017, fortgesetztes Verfahren zu VwGH 26. 7. 2017, Ro 2016/13/0026 – Angela Stöger-Frank) 354

BFG und Auslandsbezug: Finanzgerichtliches Verfahren in Österreich und Deutschland – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

(Matthias Loose / Ralf Schatzl) 355

Impressum 337



FOKUS

- 243 Die nichtfinanzielle Konzernklärung im DAX 30
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch und Dennis Wege, M.Sc.
- 249 Neue Ansatzpunkte der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der Unternehmensberichterstattung
Josef Baumüller
- 257 Darstellung von Änderungen der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten nach IAS 7
Dr. Benjamin Roos

PRO & CONTRA

- 261 Prüfung der nichtfinanziellen (Konzern-)Erklärung durch den Aufsichtsrat
Oliver Scheid, M.Sc. und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 263 DRSC-Stellungnahme zu agenda decisions des IFRS IC im Juni 2018

IFRS AKTUELL

- 265 Diskussionspapier: Finanzinstrumente mit Eigenschaften von Eigenkapital
WP Dr. Daniel T. Fischer

IFRS MAINTENANCE

- 268 Maintenance der IFRS – aktueller Stand beim IFRS IC
Dr. Jan-Velten Große

KOMPAKTWISSEN

- 272 Das Ende des LIBOR
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 276 Bedeutung von Analystenschätzungen für die Ermittlung des fair value
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

HERAUSGEBER

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach, WP Dr. Jens Freiberg



FOKUS

- 243 **Die nichtfinanzielle Konzernklärung im DAX 30**
Ein erster Überblick
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch und Dennis Wege, M.Sc.
- 249 **Neue Ansatzpunkte der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der Unternehmensberichterstattung**
Ein neuer Aktionsplan und seine Folgen
Josef Baumüller
- 257 **Darstellung von Änderungen der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten nach IAS 7**
Besonderheiten bei zurückgestellten Kaufpreisverbindlichkeiten
Dr. Benjamin Roos

PRO & CONTRA

- 261 **Prüfung der nichtfinanziellen (Konzern-)Erklärung durch den Aufsichtsrat**
Oliver Scheid, M.Sc. und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 263 **DRSC-Stellungnahme zu agenda decisions des IFRS IC im Juni 2018**

IFRS AKTUELL

- 265 **Diskussionspapier: Finanzinstrumente mit Eigenschaften von Eigenkapital**
WP Dr. Daniel T. Fischer

IFRS MAINTENANCE

- 268 **Maintenance der IFRS – aktueller Stand beim IFRS IC**
Dr. Jan-Velten Große

KOMPAKTWISSEN

- 272 **Das Ende des LIBOR**
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 276 **Bedeutung von Analystenschätzungen für die Ermittlung des fair value**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

V Verlagsservice/Impressum

Inklusive Hinweis auf die aktualisierte Arbeitshilfe „IFRS-Regelungsvorhaben auf einen Blick“ (Stand: 27.8.2018)

 Merksatz

 Literatur

 Weblink

 Informationen

 Siehe auch

 Experten-Blog

 Quelle

StuB

17

14.9.2018

www.nwb.de

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 609 Nach Anschaffung unvermutet angefallene Kosten als anschaffungsnahe Herstellungskosten
Richter am BFH Dr. Harald Schießl
- 615 Elektrofahrzeuge: Neues zum geldwerten Vorteil
StB Michael Seifert
- 618 BFH ändert Auffassung zu Rechnungspflichtangaben
StB Robert C. Prätzler
- 622 Ist die Berichtigung von Einkünften nach § 1 AStG mit europäischem Primärrecht zu vereinbaren?
StB Marcus Kunert und StB Dr. David Eberhardt
- 628 Neuerungen durch DRS 26 und DRS 27
Prof. Dr. Hanno Kirsch

PRAXISFÄLLE

- 634 Behandlung des Unterschiedsbetrags bei Übergang zur Komponentenabschreibung
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 635 Neues zur 44 €-Freigrenze
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 637 Bewertung einer verdeckten Einlage bei Forderungsverzicht
- 639 Keine aufwendungsbezogene Begrenzung bei der 1 %-Regelung
- 641 Anmietung einer als Homeoffice genutzten Wohnung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber
- 645 Keine Berücksichtigung des sog. Sanierungserlasses im finanzgerichtlichen Verfahren

HERAUSGEBER:

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach



StuB

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 609 **Nach Anschaffung unvermutet angefallene Kosten als anschaffungsnahe Herstellungskosten**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 13.3.2018 - IX R 41/17
Richter am BFH Dr. Harald Schießl
- 615 **Elektrofahrzeuge: Neues zum geldwerten Vorteil**
Geplante Steueränderungen durch das sog. JStG 2018
StB Michael Seifert
- 618 **BFH ändert Auffassung zu Rechnungspflichtangaben**
Erleichterungen für den Vorsteuerabzug
StB Robert C. Prätzler
- 622 **Ist die Berichtigung von Einkünften nach § 1 AStG mit europäischem Primärrecht zu vereinbaren?**
Anmerkungen zum EuGH-Urteil vom 31.5.2018 - C-382/16
StB Marcus Kunert und StB Dr. David Eberhardt
- 628 **Neuerungen durch DRS 26 und DRS 27**
Bilanzierung von Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen
Prof. Dr. Hanno Kirsch

PRAXISFÄLLE

- 634 **Behandlung des Unterschiedsbetrags bei Übergang zur Komponentenabschreibung**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach






AKTUELL BERATEN

- 635 **Neues zur 44 €-Freigrenze**
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 637 Bewertung einer verdeckten Einlage bei Forderungsverzicht
- 637 Konkludente Vereinbarung der Unverzinslichkeit eines Darlehens
- 638 Pensionsrückstellung in der Niedrigzinsphase
- 639 Unmittelbarer Zusammenhang eines Hilfsgeschäfts i. S. des § 5a Abs. 2 Satz 2 EStG setzt konkrete Investitionsentscheidung voraus
- 639 Keine aufwendungsbezogene Begrenzung bei der 1 %-Regelung
- 640 Freiberufliche Tätigkeit eines Laborarztes bei vollständiger Delegation bestimmter Routineuntersuchungen an vorgebildete Mitarbeiter
- 640 Zeitpunkt der Entstehung eines Auflösungsverlustes nach § 17 Abs. 4 EStG bei Ablehnung der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse
- 641 Anmietung einer als Homeoffice genutzten Wohnung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber
- 642 Berechnung der 44 €-Freigrenze bei Sachbezügen
- 642 Schadenersatz wegen überhöhter Einkommensteuerfestsetzung kein Arbeitslohn
- 643 Steuerwert einer gemischten Schenkung
- 644 Zur Steuerfreiheit von Besorgungsleistungen im Zusammenhang mit Opern-Eintrittskarten
- 644 Maßgebliche Mieten im Ertragswertverfahren
- 644 Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen nach § 138 Abs. 2 und § 138b AO i. d. F. des Steuerumgehungsbekämpfungsgesetzes
- 645 Keine Berücksichtigung des sog. Sanierungserlasses im finanzgerichtlichen Verfahren
- 646 Zulässigkeit der Klage bei zu niedrigem Wertansatz in der Bilanz

VII Service/Impressum

- | | |
|---|---|
|  Merksatz |  Siehe auch |
|  Literatur |  Experten-Blog |
|  Weblink |  Quelle |
|  Informationen |  Video |
|  Audio |  Galerie |
| |  Berechnung |

D3-Z129

RECHT & RFG FINANZEN FÜR GEMEINDEN

Serie
VRV 2015
Teil 5!

Herausgeber Walter Leiss, Alois Steinbichler
Schriftleitung und Redaktion Markus Achatz, Peter Pilz
Redaktion Alexander Enzinger, Christoph Grabenwarter, Ferdinand Kerschner,
Wolfgang Meister, Katharina Pabel, Alfred Riedl, Ursula Stingl-Lösch

September 2018

03

109 – 152

Schwerpunkt

Gemeindevermögen

VRV 2015 – Vermögenserfassung und -bewertung von
immateriellem Vermögen und Sachanlagen *Veronika Meszarits* ➔ 112

IKS-Projekte in 6 Schritten umsetzen *Ute Neudorfer* ➔ 117

Übersicht

Steuer-Radar ➔ 122

Beiträge

Einwand der UVP-Pflicht im Bauverfahren *Stefan Lampert* ➔ 149

Judikatur der Höchstgerichte zur Gemeinde als Steuergläubigerin
Stefan Leo Frank ➔ 125

Feste und Gastronomie steuerlich begünstigter Körperschaften
Bernhard Renner ➔ 129

Kommunales Abgabenverordnungsrecht *Peter Mühlberger* ➔ 134

Ausschluss des gemeindeinternen Instanzenzugs in Oberösterreich
Julia Dorner ➔ 143



→ Editorial	109
<i>Von Walter Leiss</i>	

Gemeindevermögen

→ VRV 2015 – Vermögenserfassung und -bewertung von immateriellem Vermögen und Sachanlagen	112
---	-----

Die konkreten Tätigkeiten im Rahmen der Umstellung auf die VRV 2015 beginnen mit der Vermögenserfassung und -bewertung für die Erstellung der Eröffnungsbilanz. Im vorigen Beitrag der Serie VRV 2015 wurden Grundbegriffe und Grundsätze sowie die Grundstücksbewertung erläutert. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Bewertung der übrigen Positionen des Sachanlagevermögens.

Spätestens ab 2020 müssen Länder und Gemeinden auf die VRV 2015 umsteigen. Die konkreten Umstellungstätigkeiten beginnen mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz, deren zentraler Teil die Erfassung und Bewertung des bestehenden Gemeindevermögens ist. Einige Bundesländer haben den Gemeinden Richtlinien oder Leitfäden für die Erfassung und Bewertung des Sachanlagevermögens zur Verfügung gestellt, andere nicht. Der Beitrag gibt allgemein gültige Tipps für die Praxis. Betreffend Erläuterungen zu den Grundbegriffen und Bewertungsgrundsätzen wird auf den vorigen Beitrag der Serie VRV 2015 verwiesen.

Von Veronika Meszarits

→ IKS-Projekte in 6 Schritten umsetzen	117
--	-----

Risikomanagement und IKS für Gemeinden

Risikomanagement und Interne Kontrollsysteme (IKS) sind gerade für die öffentliche Verwaltung wichtige Themen, da öffentliche Gelder im Einsatz sind. Daher sollen Transparenz und Sorgfalt oberste Prinzipien sein. Das klingt zwar selbstverständlich, ist aber aufgrund steigender Komplexität und knapper werdender finanzieller und personeller Ressourcen in der Praxis nicht immer einfach umzusetzen.

Eine interne Kontrolle für Gemeinden ist im Grundsatz nichts Neues und wird seit jeher angewendet. Allerdings wird sie oft nur informell und wenig systematisch betrieben und kaum dokumentiert. Risikomanagement hingegen, also die systematische Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der wichtigsten Risiken, ist in vielen Gemeinden noch weitgehend unbekannt. Nicht zuletzt aufgrund vieler Negativschlagzeilen in den letzten Jahren ist der Einsatz geeigneter Instrumente zur Risikosteuerung und Risikovermeidung auch in Gemeinden, unabhängig von Größe und Einwohnerzahl, in den Fokus gerückt. Dieser Beitrag widmet sich im Wesentlichen der praxisnahen Umsetzung von IKS-Projekten in Gemeinden. Er stellt eine schrittweise Umsetzungsanleitung für die Verwaltung in 6 Schritten dar und zeigt Erfolgsfaktoren und Nutzen von ganzheitlichem Risikomanagement auf. Für weiterführende Ausführungen zu theoretischen Inhalten und Komponenten von Risikomanagement und IKS sowie gesetzlichen Grundlagen sei auf vorangegangene Beiträge verwiesen.

Von Ute Neudorfer

Steuer-Radar	122
------------------------	-----

Judikatur

→ Aktuelle Judikatur der Höchstgerichte zur Gemeinde als Steuergläubigerin	125
--	-----

Die auf Dienstfahrten entfallenden Kosten eines dem Gesellschaftergeschäftsführer zur Verfügung gestellten Dienstwagens sind in die Kommunalsteuerbemessungsgrundlage nicht einzurechnen (VwGH 19. 4. 2018, Ro 2018/15/0003).

Bei Gemeindeabgaben iSd § 7 Abs 3 F-VG 1948, deren Regelung sich der Bund vorbehalten hat, ist dieser auch zuständig, den zweistufigen Instanzenzug auszuschließen (VwGH 31. 1. 2018, Ra 2016/15/0040).

Die bei Kartenspielen ohne Bankhalter geleisteten Spieleinsätze sind nicht als Eintrittsgelder zu qualifizieren (VwGH 21. 3. 2018, Ra 2017/13/0076; 19. 4. 2018, Ra 2017/15/0075; Abgehen von der bisherigen Rsp).

Rettungsfahrzeuge im Besitz des Österreichischen Roten Kreuzes sind nur während einer Einsatzfahrt von der Pflicht zur Entrichtung von Kurzparkzonenabgaben ausgenommen (VwGH 1. 3. 2018, Ra 2017/16/0128).

Von Stefan Leo Frank

Steuerrecht

→ Feste und Gastronomie steuerlich begünstigter Körperschaften. 129

Wege zur Steuerfreiheit/-begünstigung

Zwar neigt sich dieser Sommer bereits seinem Ende zu, die „klassische“ Geldbeschaffungsquelle von Vereinen, Feuerwehren etc, oft mehrere Tage währende „gesellige Veranstaltungen“ bzw andere gastgewerbliche Aktivitäten, sind dennoch immer brisant. Zur Frage, ob derartige Aktivitäten abgabenrechtliche Folgen auslösen, erfolgten kürzlich legislative Änderungen wie auch Neuaussagen des BMF.

Von Bernhard Renner

→ Das kommunale Abgabenverordnungsrecht 134

Der Beitrag stellt das in Literatur und Rsp bereits umfassend bearbeitete Abgabenverordnungsrecht der Gemeinden zusammengefasst dar und geht auf Verwaltungspraktiken sowie die jüngste Höchstgerichtsrechtsprechung ein.

Von Peter Mühlberger



Öffentliches Recht

→ Der Ausschluss des gemeindeinternen Instanzenzugs in Oberösterreich 143

Am 7. 12. 2017 hat der Oö Landtag das Oö Gemeinderechtsanpassungsgesetz 2018 beschlossen. Damit reiht sich Oberösterreich in die Kette jener Bundesländer ein, die den administrativen Instanzenzug in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde bereits (teilweise) abgeschafft haben.

Von Julia Dorner

→ Der Einwand der UVP-Pflicht im Bauverfahren 149

Dem Nachbarn steht es jederzeit frei, im Baubewilligungsverfahren den Einwand der UVP-Pflicht zu erheben. Der Beitrag bietet der Baubehörde eine Hilfestellung, wie sie mit einer solchen **Einwendung umzugehen** hat.

Von Stefan Lampert



Standards

→ Impressum 109



taxlex – Fachzeitschrift für Steuerrecht

Jährlich 11 Hefte. Erscheint 2018 im 14. Jahrgang.
 Jahresabonnement 2018 EUR 202,- inkl. Versand (in Österreich)
 Kennenlern-Abonnement 2018: 3 Hefte EUR 10,- inkl. Versand (in Österreich)

Schwerpunkt Jahressteuergesetz 2018

- Paradigmenwechsel im Konzernsteuerrecht
- Advance Ruling - Version 3.0
- Änderungen im GebG, im GrEStG sowie im VersStG
- Änderungen des Finanzstrafgesetzes
- Horizontal Monitoring
- Zur Trennung von Gebäude und Grund und Boden
- Missbrauch neu
- uvm .

Jetzt in der taxlex 7/8 / 2018
 Einzelheft EUR 22,- bestellen unter 01/531 61-100

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
 TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1014 Wien www.manz.at



AUFSÄTZE

IFRS/Rechnungslegung

Mehrkomponentengeschäfte: Transportdienstleistungen als separate Leistungsverpflichtungen unter IFRS 15?

Dipl.-Vw. Juliane-Rebecca Upmeier, Kassel

Ein wahres Füllhorn an Änderungen hält IFRS 15 für seine Anwender bereit. Mit den nunmehr bestehenden, konkreten Vorschriften zur bilanziellen Abbildung sog. Mehrkomponentengeschäfte sucht der Standardsetter einer bislang nur ungenügend geregelten Thematik gerecht zu werden. Hier von (potenziell) betroffen sind u.a. auch Unternehmen, welche nebst Güterverkauf auch den Transport der vertriebenen Güter zum Kunden anbieten. De lege lata stellen derartige Geschäftsvorfälle u.U. Mehrkomponentengeschäfte dar und sind in der Konsequenz entsprechend zu bilanzieren. Unter welchen Voraussetzungen die ausgeführten „Transportaktivitäten“ ein Mehrkomponentengeschäft begründen und welche Herausforderungen in der Bilanzierungspraxis hieraus erwachsen können ist Thema dieses Beitrags.

KOR1264231

S. 365

IFRS/Rechnungslegung

Bilanzierung beim Leasingnehmer (Teil 2)

WP/StB Dipl.-Kfm. Klaus-Dieter Findeisen, Usingen /

Dipl.-Ök.Dipl.-Bw (BA) Dr. Peter Adolph, Stuttgart

Enthält ein Vertrag ein Leasingverhältnis, hat nach dem neuen Leasingstandard IFRS 16 „Leases“ der Leasingnehmer das Leasingverhältnis in seiner Bilanz auszuweisen. Im zweiten Teil des Beitrags werden der Ausweis und die Anhangangabepflichten sowie die Übergangsvorschriften erläutert.

KOR1272188

S. 375

IFRS/Rechnungslegung

Die aufsichtsrechtliche Behandlung von Wertminderungen nach IFRS 9

Felix Krauß, M.Sc., Saarbrücken

Der für die Quantifizierung des Kreditrisikos zu ermittelnde aufsichtsrechtliche Positionswert fußt auf dem Buchwert des zugrunde liegenden finanziellen Vermögenswerts. Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte der FVOCI-Kategorie sollten bei der Bestimmung des Positionswerts nicht als spezifische Kreditrisikoanpassungen zu berücksichtigen sein. Es ist unklar, inwiefern nach dem CRR-Änderungsvorschlag weiterhin ein Kreditrisiko für finanzielle Vermögenswerte der FVOCI-Kategorie zu ermitteln ist, da die neuen Vorschriften zur Handelsbuchabgrenzung wesentlichen Auslegungsbedarf begründen.

KOR1263617

S. 383

IFRS/Rechnungslegung

IFRS 16 „Leases“: Anhangangaben zu den erwarteten Auswirkungen in der IFRS-Bilanzierungspraxis

WP/StB/CPA Prof. Dr. Jochen Pilhofer / M.A. Sascha B.

Herr / B.A. Myriam Woll, alle Saarbrücken

Aufgrund der bevorstehenden Erstanwendung von IFRS 16 für Geschäftsjahre ab dem 01.01.2019 sind Unternehmen, die ihren Konzernabschluss nach IFRS aufstellen, dazu angehalten, sich bereits frühzeitig mit den möglichen Auswirkungen auseinanderzusetzen und gem. IAS 8 dazu verpflichtet, bekannte bzw. einigermaßen zuverlässig einschätzbare Informationen zur Verfügung zu stellen, die den Abschlussadressaten eine sachgerechte Beurteilung dieser Auswirkungen ermöglichen. Vor diesem Hintergrund werden in dem Beitrag die Konzernabschlüsse für die beiden Geschäftsjahre 2016 und 2017 der im DAX30, MDAX, SDAX und TecDAX gelisteten Unternehmen in Bezug auf die Anhangangaben zu IFRS 16 analysiert, um indikative Aussagen zu den Auswirkungen infolge der Erstanwendung sowie zur Berichterstattung im Konzernanhang abzuleiten.

KOR1271538

S. 389

FALLSTUDIE

Rechnungslegung

Rechnungslegung im privaten und staatlichen Sektor (Teil 3)

Prof. Dr. Peter C. Lorson / Dr. Ellen Haustein / Felix Beske, M.Sc., alle Rostock

Die Fallstudienreihe führt fragengeleitet in die Rechnungslegung im privaten und öffentlichen Sektor auf Einzelabschlussenebene ein, wobei jeweils auf zwei verwandte nationale und internationale Normensysteme Bezug genommen wird: einerseits das HGB für Kaufleute und die Standards staatlicher Doppik für Gebietskörperschaften (hier Bundes- und Landesebene) und andererseits IFRS für kapitalmarktorientierte Konzerne und die IPSAS für Einheiten des öffentlichen Sektors (wie Gebietskörperschaften, staatliche Einheiten der mittelbaren Verwaltung) sowie internationale Organisationen (z.B. UNO, NATO, EU und OECD). Gegenstand dieses dritten Teils sind im Wesentlichen nicht-narrative Abschlussbestandteile, wobei die Aussagen zum HGB auf große KapGes. bezogen sind.

KOR1272282

S. 397

TAGUNGSBERICHT

Rechnungslegung

Rechnungswesen im Konzern

Dipl.-Kfm. Dr. Hans-Jürgen Hillmer, Coesfeld

Die steigende Komplexität der Rechnungslegungsnormen sowie Erwartungen der Regulierungsbehörden zählen nach wie vor zu den größten Herausforderungen einer effektiven Unternehmensberichterstattung. Immer deutlicher wird, dass das (Konzern-)Rechnungswesen Technologiesprünge in hohem Tempo zu verarbeiten hat, um die breiter als je zuvor gespannten Erwartungen der verschiedenen Managementebenen und externen Stakeholder bedienen zu können. Es zeigte sich anlässlich der EY Fachtagung vom 14./15.06.2018 das Problem, dass die steigenden Erwartungen an die Unternehmensberichterstattung offenbar im umgekehrten Verhältnis zu dem Vertrauen in eine effektive Unternehmensberichterstattung stehen.

KOR1275687

S. 409

RECHNUNGSLEGUNG & INVESTOR RELATIONS

Investor Relations/Rechnungslegung

What's next? – Status Quo der Strategieberichterstattung von HDAX-Unternehmen

Prof. Dr. Henning Zülch / Sophie Winter, M.Sc., beide Leipzig

Die Berichterstattung zu strategieorientierten Informationen kann dazu beitragen, sich von den Wettbewerbern im Kapitalmarkt abzuheben. Indes wird die Strategieberichterstattung von Unternehmen häufig vernachlässigt. So verpassen diese die Chance, ihre Position im Kapitalmarkt zu stärken.

KOR1278616

S. 416

REPORTS

International

S. 418

National

S. 419

SERVICE

Neues aus der Owlit-Datenbank

M3

Veranstaltungen/Impressum

M4

STEUER- UND WIRTSCHAFTSKARTEI

Zeitschrift für das gesamte Steuer- und Wirtschaftsrecht

In diesem Heft

Schwerpunkt JStG 2018: Das Steuerkontrollsystem als große Chance für mehr Co-operative Tax Compliance in Österreich (Zöchling / Dziurdz)	1150
Per E-Mail eingebrachte Revision ist nicht rechtswirksam	1157
Schwerpunkt JStG 2018: BMF-Information zur Veranlagung von Einkünften aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten	1158
Die Registrierkasse, das Eis und der Generalverdacht (Steuerinsider)	1159
Neuerliche Novellierung der Pauschalierungsverordnung für nichtbuchführende Gewerbetreibende (Atzmüller)	1160
BMF-Information zum Kommunalsteuergesetz 1993 betreffend Sachbezüge von Gesellschafter-Geschäftsführern	1161
Arbeitszeitreform 2018 und Gleitzeit (Gerhart)	1162
Hauptwohnsitzbefreiung und berufliche Abwesenheit (Patloch-Kofler / Petrikovics)	1169
Umsatzsteuer-Bildungsleistungsverordnung kundgemacht	1172
Endgültiger Vermögensverlust bei Auslandsbeteiligungen? (Mitterlehner / Panholzer)	1173
Exakte Empfängerbenennung	1176
Auslösung der Mehrwertsteuerpflicht in der Schweiz und ihre Folgen (Häring / von Tüllenburg)	1177
Die Novelle zum Wiener Wettengesetz 2018 (Vögl)	1180
(Kein) Schadenersatz wegen Manipulationssoftware in Diesel-PKW	1187
Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur)	1188
■ Sonstige Bezüge: Beendigung des Dienstverhältnisses	
■ KommSt: Bemessungsgrundlage	
■ USt: Bauleistungen	
■ USt: Rechnungsmerkmale	



Impressum: Siehe Umschlagseite gegenüber

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.

Anmeldung unter <https://www.lindeverlag.at/newsletter>

SWK

Steuer- und WirtschaftsKartei

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

JURISTEN ZEITUNG

Chefredakteur Gerhard Hopf

Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer

Evidenzblatt Christoph Brenn, Helge Hoch, Eckart Ratz, Ronald Rohrer,
Martina Weixelbraun-Mohr

Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

September 2018

17

745 – 792

Aktuelles

Die Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen erreicht den EuGH – auf mehreren Wegen ➔ 745

Beiträge

Aktuelle Bedrohungen des Grundrechts auf Privatsphäre

Walter Berka ➔ 755

Leitlinien für transparente AGB-Gestaltung Markus Kellner ➔ 749

**Neuerungen im Strafverfahren – das Strafprozessrechts-
änderungsgesetz 2018** Brigitte Rom ➔ 762

Evidenzblatt

Videoüberwachung und Überwachungsdruck ➔ 769

Wegerecht des Wohnungseigentümers am Nachbargrundstück ➔ 779

Besetzung des SchöffG ➔ 781

Forum

Keine Grunddienstbarkeit zugunsten eines Wohnungseigentumsmindestanteils? Christian Holzner ➔ 791

ÖJZ aktuell 745

Beiträge

→ Leitlinien für transparente AGB-Gestaltung 749
 Von klareren Leitlinien für die transparente AGB-Gestaltung würden alle Beteiligten profitieren: in erster Linie Verbraucher durch transparentere AGB, in zweiter Linie Gerichte, Verbraucherschutzorganisationen und AGB-Verwender durch eine Reduktion der Anzahl abzuführender Verbandsprozesse. Der Status quo ermöglicht AGB-Aufstellern nämlich nicht, sich verlässlich über ihre Pflichten zu informieren und transparente AGB zu formulieren.
Von Markus Kellner

→ Aktuelle Bedrohungen des Grundrechts auf Privatsphäre 755
 Der Beitrag wirft angesichts der aktuellen Entwicklungen die Frage auf, mit welchen Herausforderungen uns die global vernetzte digitale Informationsgesellschaft konfrontiert und welche Werte und rechtlich geschützten Interessen durch sie bedroht werden.
Von Walter Berka

→ Neuerungen im Strafverfahren – das Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2018 762
 Das Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2018 bringt vor allem Änderungen im Bereich der Ermittlungsmaßnahmen des 5. Abschnitts des 8. Hauptstücks StPO sowie Änderungen zur Vollumsetzung der Richtlinie (RL) Unschuldsvermutung. Es geht um IMSI-Catcher, Anlassdatenspeicherung, Überwachung verschlüsselter Nachrichten und mehr. Der Beitrag legt die wesentlichsten Änderungen dar.
Von Brigitte Rom

Evidenzblatt

→ Persönlichkeitsrecht 769
 OGH 21. 3. 2018, 3 Ob 195/17 y
 109: Videoüberwachung und Überwachungsdruck

→ Schadenersatzrecht 772
 OGH 17. 1. 2018, 6 Ob 233/17 h
 110: Arzthaftung: Der nicht erkannte Zufallsbefund

OGH 26. 1. 2018, 8 Ob 144/17 k 774
 111: Kaufverträge: Auslegung des Gewährleistungsausschlusses

OGH 30. 1. 2018, 2 Ob 42/17 s 777
 112: Der unbeleuchtete Rollstuhl mit dunkel gekleidetem Benutzer

→ Wohnungseigentumsrecht 779
 OGH 21. 12. 2017, 5 Ob 217/17 y
 113: Wegerecht des Wohnungseigentümers am Nachbargrundstück

→ Strafprozessrecht 781
 OGH 9. 5. 2018, 13 Os 133/17 h
 114: Besetzung des Schöffengerichtes

→ Strafrecht 784
 OGH 9. 5. 2018, 13 Os 40/18 h, 56/18 m
 115: Finanzstrafrechtlicher Tatbegriff

EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht 787
 OGH 25. 4. 2018, 9 ObA 4/18 f
 123: Unzulässiger Kettenarbeitsvertrag

→ Familienrecht 787
OGH 14. 3. 2018, 10 Ob 3/18s
 124: Unterhaltsvorschüsse (UV): Vereinfachte Weitergewährung

→ Insolvenzrecht 788
OGH 19. 4. 2018, 4 Ob 57/18p
 125: Unbedingte Forderungsanmeldung bei einem Schadenersatzanspruch mit einer Zug-um-Zug-Rückgabeverpflichtung

→ Schadenersatzrecht 788
OGH 22. 3. 2018, 2 Ob 164/17g
 126: Globalbemessung und nachträgliche, nicht vorhergesehene Schmerzen

→ Wohnrecht 789
OGH 29. 5. 2018, 4 Ob 79/18y
 127: Auch der bisherige Mit-Mieter darf für die Aufgabe seiner Mit-Mietrechte keine Zahlung verlangen

→ Zivilverfahrensrecht 790
OGH 19. 4. 2018, 4 Ob 70/18z
 128: Bei einem Begehren auf Vertragsanfechtung und Rückzahlung (hier: Zug um Zug) bestimmt sich der Streitwert nur nach dem Leistungsbegehren

→ Strafrecht 791
OGH 10. 4. 2018, 11 Os 75/17i
 129: Senat 11 bestätigt bisherige Rsp zur Suchtgiftgewinnung aus Kath-Pflanze

OGH 12. 4. 2018, 15 Os 31/18z 791
 130: Minderschwere Raub als Anlasstat für Unterbringung nach § 21 StGB




Forum

→ Keine Grunddienstbarkeit zugunsten eines Wohnungseigentumsmindestanteils? 791
Anmerkung zu OGH 21. 12. 2017, 5 Ob 217/17y
 Von Christian Holzner

Standards


→ Impressum 748




Phone and iPad trademarks of Apple Inc.

DAG, Dako, DJA, ecolex, immolex, ÖJZ, taxlex und VbR „am App der Zeit“

Für Apple iOS und Android



© Georg



August 2018 / Heft 3, Seiten 237-344 (6. Jahrgang)

237 Editorial: Data drives all we do

240 Kurznachrichten und -beiträge (zusammengestellt von Peter Burgstaller)

Aufsätze

241 A propos Böhmermann: Wie ist das jetzt mit der Satire?

Thomas Höhne

244 DSGVO und Digitalfotografie

Thomas Höhne

255 Audiovisuelle Mediendienste und die „wesentliche Funktionalität“ sozialer Medien

Michael R. Kogler

269 Social Media Accounts post mortem – Ein Beitrag zu Erbrecht, Telekommunikationsgeheimnis und Datenschutz

Clemens Thiele

274 Rechtliche Einordnung von Audio-Tracking

Ermano Geuer und Fabian Reinisch

Judikaturspiegel

283 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZIIR-Slg 2018/31 – 2018/45)

Judikatur

287 Datenschutzrecht

298 E-Commerce Recht

317 Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht

323 Persönlichkeits- und Medienrecht

EuGH Vorlagefragen

Service-Teil

Herausgeberredaktion: P. Burgstaller, C. Thiele

Herausgeber: T. Höhne, G. König, A. Wiebe



INHALT

EDITORIAL

- 237 Data drives all we do

KURZNACHRICHTEN UND -BEITRÄGE

- 240 Aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zum Informationsrecht
Peter Burgstaller

AUFSÄTZE

- 241 A propos Böhmermann: Wie ist das jetzt mit der Satire?
Thomas Höhne
- 244 DSGVO und Digitalfotografie
Thomas Höhne
- 255 Audiovisuelle Mediendienste und die „wesentliche Funktionalität“ sozialer Medien
Michael R. Kogler
- 269 Social Media Accounts post mortem – Ein Beitrag zu Erbrecht, Telekommunikationsgeheimnis und Datenschutz
Clemens Thiele
- 274 Rechtliche Einordnung von Audio-Tracking
Ermano Geuer und Fabian Reinisch

JUDIKATURSPIEGEL

- 283 Sammlung ausgewählter informationsrechtlicher Entscheidungen österreichischer, deutscher und europäischer Spruchkörper (ZfIR-Slg 2018/31 – 2018/45)

JUDIKATUR

DATENSCHUTZRECHT

- 287 DSB: Keine Rechtskontrolle von Akten der Gerichtsbarkeit durch die DSB
DSB Bescheid vom 17.4.2018, DSB-D122.848/0004-DSB/2018 – *Zustellverfügung*
- 288 DSGVO: Das Zahlungsdienstegesetz sieht kein Auskunftsrecht vor, das dem datenschutzrechtlichen Auskunftsrecht vorgehen würde
DSB Bescheid 27.6.2018, DSB-D122.844/0006-DSB/2018 – *Auskunftsrecht*
- 292 VwGH: Verfall von Datenträgern bei rechtswidriger Videoüberwachung
VwGH Erkenntnis vom 16.5.2018, Ra 2017/04/0080 – *Verfall einer Videospeicherkarte*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 296 BGH: Vertrag über ein Benutzerkonto bei einem sozialen Netzwerk ist vererbbar
BGH Urteil vom 12.7.2018, III ZR 183/17 – *Vererblichkeit eines Facebook-Kontos*

E-COMMERCE RECHT

- 298 BGH: Haftungsbegrenzung bei Beteiligung an Internetbetrug durch Geldtransfer
BGH Urteil vom 16.1.2018, VI ZR 474/16 – *Haftung von Finanzagenten*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 305 BGH: Eingeschränkte Kontrollpflicht des Suchmaschinenbetreibers
BGH Urteil vom 27.2.2018, VI ZR 489/16 – *Stalkerhaushalt*
(Anmerkung von Clemens Thiele)

LAUTERKEITS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

- 317 OGH: Unbestellte Warenlieferungen als aggressive Geschäftspraktiken
OGH Beschluss vom 29.5.2018, 4 Ob 68/18f – *Ablehnung nicht bestellter Magazine*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 321 OGH: Bundesweite Zuständigkeit für Urheberrechtsverletzungen online
OGH Beschluss vom 2.5.2018, 4 Ob Nc 9/18p – *Fotos auf Schweizer Website*
(Anmerkung von Clemens Thiele)

PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT

- 323 OGH: Untersagung von privaten Tonaufnahmen bei Gericht
OGH Beschluss vom 24.5.2018, 6 Ob 82/18d – *Private Tonaufnahmen von Gerichtsverhandlungen*
(Anmerkung von Clemens Thiele)
- 326 BVerfG: Straßenfotografie zwischen Kunstfreiheit und Persönlichkeitsschutz
BVerfG Beschluss vom 8.2.2018, 1 BvR 2112/15 – *Straßenfotografie*
(Anmerkung von Clemens Thiele)

EuGH VORLAGEFRAGEN

SERVICE-TEIL

- 338 Bücherliste
- 339 Herausgeberredaktion / Herausgeber / Beirat
- 340 Autoren
- 341 Impressum

Zitierbeispiele:

Heft 1/2013 – Heft 2/2015:

Burgstaller, ZIR 2015, 25; ZIR-Slg 2015/61, 143

Heft 3/2015 ff:

Burgstaller, ZiIR 2015, 233; ZiIR-Slg 2015/62, 273

D3-Z320

NZKart

Neue Zeitschrift

für Kartellrecht


www.nzkart.de

Herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas Ackermann

RA Prof. Dr. Albrecht Bach

RiBGH Dr. Klaus Bacher

RA Prof. Dr. Rainer Bechtold

Prof. Dr. Florian Bien

RA Dr. Ingo Brinker

Dr. Friedrich Wenzel Bulst

RiEuG Alfred Dittrich

RA Dr. Michael Esser

MinRat Dr. Thorsten Käseberg

Prof. Dr. Torsten Körber

VorsRiOLG Prof. Dr. Jürgen Kühnen

RA Dr. Thorsten Mäger

VPräs. b. BKartA Prof. Dr. Konrad Ost

Prof. Dr. Ulrich Schwalbe

Prof. Dr. Heike Schweitzer

RA Dr. Kathrin Westermann

Aus dem Inhalt

A. Heinemann

Fairness (Editorial) 389

*J. Glöckner*Norm- und Zurechnungsstrukturen im Kartellrecht –
Teil 1 390*M. Mengden*David gegen Goliath im Kartellschadensersatzrecht –
kollektive Folgeklagen 398*D. Braun*Anmerkung zum EuG-Urteil in Sachen
Goldman Sachs/Kommission 405*Th. Thiede*

Die Maus, die brüllte 411

J. K. Dammann de Chappo/N. Brüggemann

Der „Fall Leifeld“ und die öffentliche Sicherheit 412

T. Göckler

Anmerkung zum EuGH-Urteil in Sachen MEO 416

EuGH

Urteil Orange Polska 420

EuG

Urteile Stromkabel (Brugg, Prysmian, Goldman Sachs) 423

BGH

Berufungszuständigkeit in Kartellsachen 439



C.H. BECK

9/2018

S. 389–440 10. September 2018



P350201809



Editorial

Andreas Heinemann
Fairness

389

Aufsätze

Jochen Glöckner

Norm- und Zurechnungsstrukturen im Kartellrecht – Haftung von Unternehmen, Handelnden und Organen – Teil 1

390

Martin Mengden

David gegen Goliath im Kartellschadensersatzrecht – Lassen sich Musterfeststellungsklage bzw. EU-Verbandsklage als kollektive Folgeklage einsetzen?

398

Dominik Braun

Zur gesamtschuldnerischen Verantwortlichkeit von Investmentbanken und Private Equity-Investoren im europäischen Wettbewerbsrecht – Anmerkung zum Urteil des EuG in Sachen Goldman Sachs/Kommission –

405

Kurze Beiträge

Thomas Thiede

Die Maus, die brüllte

411

Jana K. Dammann de Chappo/Niklas Brüggemann

Aktuelle Entwicklungen im Investitionskontrollrecht – Der „Fall Leifeld“ und die öffentliche Sicherheit

412

Till Göckler

Auswirkungen einer Preisdiskriminierung auf die Wettbewerbsposition des Diskriminierten – Anmerkung zum Urteil des EuGH in Sachen MEO –

416

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 25. 7.2018 – C-123/16 P Zur Intensität der gerichtlichen Nachprüfung einer Bußgeldentscheidung 420

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG 12. 7.2018 – T-441/14 Zum Sprachenregime und den Beweisanforderungen im EU-Bußgeldverfahren 423

EuG 12. 7.2018 – T-475/14 Zur Nachprüfung von Computer-Festplatten durch die Kommission 429

EuG 12. 7.2018 – T-419/14 Zur Bußgeldhaftung einer Investmentgesellschaft für den Kartellverstoß der Beteiligungsgesellschaft 433

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 17. 7.2018 – EnZB 53/17 Berufungszuständigkeit in Kartellsachen 439

VersR ^{DB-Z 212}

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Aus dem Inhalt

VersR 2018, 1029–1092

17

Aufsätze

- Dreher, Prof. Dr. Meinrad, und Gerigk, Tobias*
 Versicherungsaufsichtsrechtliche Dokumentationsanforderungen 1029
- Schaltke, Markus*
 Die Entwicklung des Versicherungsfalls in der Rechtsschutzversicherung 1041

Rechtsprechung

- OLG Hamm**
 Wirksamer „Verzicht“ des Versicherers auf Schutz der Legitimationswirkung des Versicherungsscheins (hier: § 12 Abs. 1 ALB 94) 1049
- OLG Frankfurt/M.**
 Darlegungslast des VN und korrespondierende Hinweispflicht des Gerichts 1051
- OLG Saarbrücken**
 Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch Verteidigung gegen bereicherungsrechtliche Rückforderung 1062
- BGH**
 Verwertbarkeit privater Dashcam-Aufzeichnungen als Beweismittel im Unfallhaftpflichtprozess 1076
- BGH**
 Gemeinsamer Gerichtsstand von VW AG und VW-Händler bei Klagen wegen Diesel-Abgasskandal 1086
- BAG**
 Anspruch des Arbeitnehmers gegen den Träger der gesetzlichen Insolvenzversicherung auf Zahlung eines Übergangszuschusses 1087

Versicherungsrecht

Aufsätze

<i>Dreher, Prof. Dr. Meinrad, und Gerigk, Tobias</i> Versicherungsaufsichtsrechtliche Dokumentationsanforderungen	1029
<i>Schaltke, Markus</i> Die Entwicklung des Versicherungsfalls in der Rechtsschutzversicherung	1041
Literaturhinweise	1048

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Lebensversicherung**

OLG Hamm 28. 2. 2018 (20 U 202/16)	Wirksamer „Verzicht“ des Versicherers auf Schutz der Legitimationswirkung des Versicherungsscheins (hier: § 12 Abs. 1 ALB 94)	1049
------------------------------------	--	------

Berufsunfähigkeitsversicherung

OLG Frankfurt/M. 25. 1. 2018 (3 U 179/15)	Darlegungslast des VN und korrespondierende Hinweispflicht des Gerichts	1051
OLG Hamm 4. 5. 2018 (20 U 178/16)	„Aufzeigelaßt“ des Versicherers bei abstrakter Verweisung auf Hausmeisterberuf	1052

Krankheitskostenversicherung

OLG Saarbrücken 20. 12. 2017 (5 U 36/17)	Umfang des Erstattungsanspruchs bei Behandlung in verbundener Einrichtung i. S. d. § 17 Abs. 1 S. 5 KHG	1056
--	---	------

Kraftfahrtversicherung

LG Wiesbaden 10. 2. 2017 (1 O 134/16)	Keine Anhaltspunkte für „Altersdiskriminierung“ einer 70-jährigen VN bei Kündigung durch Versicherer mit Anmerkung: <i>Prof. Dr. Dirk-Carsten Günther</i>	1059
---------------------------------------	---	------

Rechtsschutzversicherung

OLG Saarbrücken 31. 1. 2018 (5 U 33/17)	Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch Verteidigung gegen bereicherungsrechtliche Rückforderung	1062
---	---	------

Hausratversicherung

KG 3. 4. 2018 (6 U 131/16)	Anforderungen an den Nachweis des äußeren Bildes eines Einsteigediebstahls	1063
----------------------------	--	------

Haftungsrecht**Amtshaftung**

OLG Koblenz 28. 3. 2018 (5 U 212/18)	Wehrdienstbeschädigung kann durch ärztliche Behandlung eines Soldaten in einem Bundeswehrkrankenhaus verursacht werden	1066
--------------------------------------	--	------

Entgangener Gewinn

BGH 8. 5. 2018 (VI ZR 295/17)	Anspruch eines Netzbetreibers auf Ersatz des „Qualitätselementschadens“ infolge Beschädigung eines Stromkabels	1067
-------------------------------	---	------

Geschäftsbesorgungsvertrag

BGH 8. 2. 2018 (III ZR 65/17)	Kein Auskunftsanspruch aus Treu und Glauben bei Bestehen eines unmittelbaren Auskunftsanspruchs gegen eine andere Person	1072
-------------------------------	--	------

Persönlichkeitsrecht

BGH 15. 5. 2018 (VI ZR 233/17)	Verwertbarkeit privater Dashcam-Aufzeichnungen als Beweismittel im Unfallhaftpflichtprozess	1076
--------------------------------	--	------



Sachverständiger

OLG Köln	24. 7. 2017 (5 U 12/17)	Haftung des Unfallversicherungsträgers für einen von ihm beauftragten medizinischen Sachverständigen	1083
----------	-------------------------	--	------

Straßenverkehr

Halterhaftung

OLG Hamm	5. 4. 2018 (6 U 163/17)	Entfernen vom abgestellten Fahrzeug erfolgt nicht bei dessen Betrieb	1084
----------	-------------------------	--	------

Prozessrecht

Rechtsmittelfrist

BGH	10. 4. 2018 (VI ZB 44/16)	Einzelanwalt muss Vorkehrungen für Fall seines unerwarteten Ausfalls treffen	1085
-----	---------------------------	--	------

Streitgenossenschaft

BGH	6. 6. 2018 (X ARZ 303/18)	Gemeinsamer Gerichtsstand von VW AG und VW-Händler bei Klagen wegen Diesel-Abgasskandal	1086
-----	---------------------------	--	------

Arbeitsrecht

Betriebliche Altersversorgung

BAG	20. 3. 2018 (3 AZR 277/16)	Anspruch des Arbeitnehmers gegen den Träger der gesetzlichen Insolvenzversicherung auf Zahlung eines Übergangszuschusses	1087
-----	----------------------------	---	------

Auslandsrecht (Österreich)

Unfallversicherung

OGH	29. 11. 2017 (7 Ob 115/17 p)	Luxation der langen Bizepssehne beim Tennisaufschlag als deckungspflichtiger Unfall	1090
-----	------------------------------	---	------

Der Buchstabe L hinter dem Kurzinhalt bedeutet, dass von der Entscheidung nur der Leitsatz veröffentlicht wird.

NZG

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

WU
UNIVERSITÄT
WIEN
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN
D3-Z196

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A,
Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Geschäftsführende Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen

Prof. Dr. Alfred Bergmann

Prof. Dr. Wulf Goette

Prof. Dr. Jürgen Götz

Prof. Dr. Joachim Hennrichs

Prof. Dr. Dieter Leuering

Prof. Dr. Peter O. Mülbart

Dr. Kersten von Schenck

Dr. Sven H. Schneider

Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.

Harm Peter Westermann

Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

R. P. Anders

Umsetzung prüfungsbezogener EU-Vorschriften
durch das Abschlussprüfungsreformgesetz:
Neue Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände
im GmbHG

961

St. Widder/J. Ph. Feigen

Zum Verhältnis von § 179 a I 1 AktG (analog) und
§ 311 b III BGB bei der Beurkundungsbedürftigkeit
von Anteilskaufverträgen

972

E. Schollmeyer

Die „künstliche Gestaltung“ – der Herr Tur Tur unter
den Rechtsfiguren

977

M. Häublein

Kündigungsbeschränkungen bei Wohnungserwerb
durch eine GbR auch ohne Umwandlungsabsicht
(§ 577 a BGB nF)

980

A. Steck

Reinhard Marsch-Barner zum 75. Geburtstag

982

BGH

Kündigungsbeschränkung bei Wohnungsumwandlung:
„GbR-Gesellschafterbedarf“

983

OLG Jena

Ankündigung der Gesellschafterversammlung
einer GmbH

992

BFH

Änderung der Rechtsprechung zu den Rechnungs-
anforderungen

995



C.H. BECK

25/2018

30. August 2018

21. Jahrgang S. 961–1000



8250201825

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 25/2018

Inhalt

Aufsätze	<i>R. P. Anders</i> , Umsetzung prüfungsbezogener EU-Vorschriften durch das Abschlussprüfungsreformgesetz: Neue Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände im GmbHG	961	
	<i>St. Widder/J. Ph. Feigen</i> , Zum Verhältnis von § 179 a I 1 AktG (analog) und § 311 b III BGB bei der Beurkundungsbedürftigkeit von Anteilskaufverträgen	972	
Kolumne	<i>E. Schollmeyer</i> , Die „künstliche Gestaltung“ – der Herr Tur Tur unter den Rechtsfiguren	977	
Bericht	<i>G. Burwitz</i> , Neuere Entwicklungen im Steuerrecht – EuGH zur Sanierungsklausel: Nichtigkeit des Beschlusses der Kommission	978	
Zur Rechtsprechung	<i>M. Häublein</i> , Kündigungsbeschränkungen bei Wohnungserwerb durch eine GbR auch ohne Umwandlungsabsicht (§ 577 a BGB nF)	980	
Personalien	<i>A. Steck</i> , Reinhard Marsch-Barner zum 75. Geburtstag	982	
Rechtsprechung			
<i>Personengesellschaftsrecht</i>			
BGH	21. 3.18 – VIII ZR 104/17	Kündigungsbeschränkung bei Wohnungsumwandlung: „GbR-Gesellschafterbedarf“	983
LG Frankfurt a.M.	7. 6.18 – 2-13 S 88/17	Beschränkung des Rederechts in Wohnungseigentümersammlungen	989
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
OLG Jena	15. 6.18 – 2 U 16/18	Ankündigung der Gesellschafterversammlung einer GmbH	992
OLG Hamm	18. 4.18 – I-8 U 68/17	Versorgungszusage eines Fremdgeschäftsführers einer GmbH in Form einer einmaligen Kapitalabfindung (Ls.)	995
<i>Steuerrecht</i>			
BFH	21. 6.18 – VR 28/16	Änderung der Rechtsprechung zu den Rechnungsanforderungen	995
BFH	26. 4.17 – IR 84/15	Anwendung des pauschalen Betriebsausgabenabzugsverbots für Dividendeneinkünfte auf Gewinnausschüttungen	996
BFH	15.11.17 – IR 55/15	Britische so genannte Claw-back-Besteuerung und Abkommensrecht – Korrekturverfahren nach § 13 IV InvStG 2004 aF (Ls.)	999
<i>Sonstiges Zivilrecht</i>			
OLG Frankfurt a.M.	5. 6.18 – 8 U 171/17	Öffentlich erklärte Rückkaufabsicht kein Anerkenntnis einer in Altanleihen verbrieften Forderung	999

WWM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****34**25. August 2018
72. Jahrgang
Seiten 1577-1624**WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**DB-Z 187****Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelbach,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichter am BGH
Dr. Hans-Ulrich Joeres,
KarlsruheRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV**

Postverlagsort Frankfurt a. M.

AUS DEM INHALT:

Seite 1577

Univ.-Prof. Dr. Christina Escher-Weingart, Stuttgart
Die freie Gesetzesschöpfung durch das BSG –
Rückzahlungspflicht der Banken für überzahlte Renten
– zugleich eine Besprechung des Vorlagebeschlusses BSG
B 5 R 26/14 R –

Seite 1585

Rechtsanwalt Dr. Herwart Huber, Köln
Der Saldenausgleich beim (Muster-)Sicherheitenpoolvertrag

Seite 1594

BGH, 17.7.2018 – II ZR 13/17
Keine Bedeutung der Prospektaussagen für die Anlage-
entscheidung ohne Kenntnisnahme des Prospekts durch den
Anleger, wenn eine Haftung aus Verschulden bei Vertrags-
verhandlungen wegen der Inanspruchnahme persönlichen
Vertrauens geltend gemacht wird

Seite 1596

BGH, 3.7.2018 – XI ZR 520/16
Zur Rechtsstellung mehrerer Darlehensnehmer, die ihre auf
Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichteten
Willenserklärungen widerrufen haben, als Mitgläubiger der
aus dem Rückgewährschuldverhältnis resultierenden An-
sprüche; zu Artikel 4 Abs. 2 der Richtlinie 2002/65/EG als
sekundärrechtlicher Öffnungsklausel für Schutzverstärkun-
gen des nationalen Rechts

Seite 1603

BGH, 17.7.2018 – II ZR 452/17
Zur Frage, ab wann eine Änderung des Dienstvertrags eines
abberufenen Geschäftsführers unter die Geschäftsführungs-
und Vertretungsbefugnis des (neuen) Geschäftsführers fällt

Seite 1606

BGH, 12.7.2018 – III ZR 183/17
Zum Übergang des Nutzungsvertrags eines sozialen Netz-
werks beim Tod des Kontoinhabers auf dessen Erben nach
§ 1922 BGB

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Christina Escher-Weingart, Stuttgart

Die freie Gesetzesschöpfung durch das BSG – Rückzahlungspflicht der Banken für überzahlte Renten
– zugleich eine Besprechung des Vorlagebeschlusses BSG B 5 R 26/14 R – 1577

Rechtsanwalt Dr. Herwart Huber, Köln

Der Saldenausgleich beim (Muster-)Sicherheitenpoolvertrag 1585

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 26.7.2018 I ZR 274/16* Zur notwendigen Darlegung einer auf den Ausgleich eines Vermögensschadens gerichteten Feststellungsklage (hier im Zusammenhang mit einer Anlageberatung durch einen Versicherungsmakler); zum Einfluss des Grundsatzes der Schadenseinheit auf die Frage, ob die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts hinreichend dargelegt ist 1591

Bundesgerichtshof 17.7.2018 II ZR 13/17* Keine Bedeutung der Prospektaussagen für die Anlageentscheidung ohne Kenntnisnahme des Prospekts durch den Anleger, wenn eine Haftung aus Verschulden bei Vertragsverhandlungen wegen der Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens geltend gemacht wird 1594

Bundesgerichtshof 3.7.2018 XI ZR 520/16* Zur Rechtsstellung mehrerer Darlehensnehmer, die ihre auf Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrags gerichteten Willenserklärungen widerrufen haben, als Mitgläubiger der aus dem Rückgewährschuldverhältnis resultierenden Ansprüche; zu Artikel 4 Abs. 2 der Richtlinie 2002/65/EG als sekundärrechtlicher Öffnungsklausel für Schutzverstärkungen des nationalen Rechts 1596

Bundesgerichtshof 3.7.2018 XI ZR 572/16* Zur Anschlussberufung in Fällen, in denen der Darlehensnehmer eines Verbraucherdarlehensvertrags in erster Instanz die Feststellung erwirkt hat, der Verbraucherdarlehensvertrag habe sich aufgrund des Widerrufs in ein Rückgewährschuldverhältnis umgewandelt 1599

Bundesgerichtshof 3.7.2018 XI ZR 702/16* Keine Bedeutung von § 312d Abs. 3 Nr. 1 BGB a.F. für die Frage, ob eine Verwirkung des Widerrufsrechts bei nicht im Wege des Fernabsatzes geschlossenen Verbraucherdarlehensverträgen eingetreten ist 1601

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 3.7.2018 II ZR 452/17* Zur Frage, ab wann eine Änderung des Dienstvertrags eines abberufenen Geschäftsführers unter die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis des (neuen) Geschäftsführers fällt 1603

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 5.7.2018 IX ZR 167/15 Zu den Anforderungen an die Anmeldung einer Forderung von Gesamtgläubigern 1605



Bürgerliches Recht und Handelsrecht

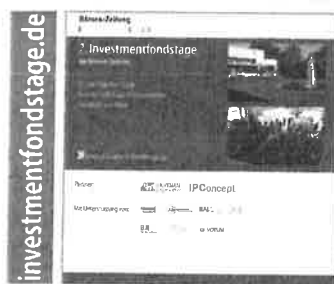
Bundesgerichtshof 12.7.2018 III ZR 183/17* Zum Übergang des Nutzungsvertrags eines sozialen Netzwerks beim Tod des Kontoinhabers auf dessen Erben nach § 1922 BGB 1606

Wettbewerbsrecht

Bundesgerichtshof 12.6.2018 KZR 56/16 Zur Anwendung der Verjährungsregelung des § 33 Abs. 5 GWB 2005 auf Schadensersatzansprüche wegen vor dem Inkrafttreten der 7. GWB-Novelle begangener Kartellverstöße, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht verjährt waren; zur Verzinsung solcher Schadensersatzansprüche 1617

Bücherschau

Martin Henssler/Markus Gehrein/Oliver Holzinger (Hrsg.)	Handbuch der Beraterhaftung Rezensent: Dirk Seichter, Vors. Richter am LG, Ministerialrat Dr. Peter Röhms, Stuttgart	1623
Dieter Wallenfels/Christian Russ	Buchpreisbindungsgesetz: BuchPrG, 7. Aufl.	1624
Sebastian Mock/Katharina Stüber	Das neue Wertpapierhandelsrecht	1624
Mark K. Binz/Martin H. Sorg	Die GmbH & Co. KG, 12. Aufl.	1624



Investmentfondstage der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

u.a. Rohstoffe; ETFs; Nachhaltigkeit; Aktuelle regulatorische Entwicklungen; Immobilien; Spezielle Themen für institutionelle Anleger



17./18. Oktober 2018, Palmengarten Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553 • www.investmentfondstage.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrathinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 95,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,27) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2018 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main - ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens. Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z141

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

- W. Stegmaier*
Erfüllung und Nacherfüllung im Kaufrecht bei
qualitativer Teilleistung 2665
- D. Ullenboom*
Untersuchungs- oder Sitzungshaftbefehl? 2671
- T. Haug*
Die Pflicht deutscher Gerichte zur Berücksichtigung der
Rechtsprechung des EGMR 2674
- G. Dodegge*
Die Entwicklung des Betreuungsrechts 2678
- W. Schlick*
Rechtsprechung zu öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 2684
- G. Kirchhof*
Die Kinderrechte des Grundgesetzes 2690
- BVerfG*
Verfassungsmäßigkeit des Streikverbots für Beamte 2695
- BGH*
Intransparenz einer Vorerstreckungsklausel
(Anm. B. Lensing) 2710
- BGH*
Keine eingeschränkte Amtshaftung bei Brandbekämpfung
(Anm. J. Singbartl/J. Zintl) 2723
- BGH*
Pfändung einer Versicherung (Anm. S. L. Gössl) 2732



Mit Beilage:
NJW-Spezial Heft 18/2018


C.H. BECK

37/2018

6. September 2018
71. Jahrgang S. 2665-2752
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview
Schutz gegen irre-
führende Werbung

Standpunkt
Gleiches Beamten-
recht für alle?

Ausbildung
Beratung für
Durchfaller



INHALT

Aufsätze

Wolfgang Stegmaier

Erfüllung und Nacherfüllung im Kaufrecht bei qualitativer Teilleistung 2665

Es gilt als ausgemachte Sache, dass der Käufer ab Gefahrübergang nur noch Gewährleistungsrechte geltend machen kann, mit seinem ursprünglichen Erfüllungsanspruch aber „ausgeschlossen“ ist. Wie schwer sich die Praxis allerdings im Detail damit tut, zeigen Fälle des Versandkaufs. Der Beitrag schafft hier (dogmatische) Klarheit.

David Ullenboom

Untersuchungs- oder Sitzungshaftebefehl? 2671

In Strafverfahren mit europäischem Auslandsbezug kommt es vor, dass der ausländische Angeklagte nach Tatbegehung in Deutschland wieder in seinen Heimatstaat zurückkehrt. Dann stellt sich die Frage, wie seine gesetzlich vorgeschriebene Anwesenheit in der Hauptverhandlung sichergestellt werden kann.

Zur Rechtsprechung

Thomas Haug

Die Pflicht deutscher Gerichte zur Berücksichtigung der Rechtsprechung des EGMR 2674
(BVerfG, NJW 2018, 2695)

Bericht

Georg Dodegge

Die Entwicklung des Betreuungsrechts bis Juli 2018 2678

Wolfgang Schlick

Die Rechtsprechung des BGH zu den öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 2684

Forum

Gregor Kirchhof

Die Kinderrechte des Grundgesetzes 2690

Buchbesprechungen

Krauß: Immobilienkaufverträge in der Praxis (Lucas Elmenhorst / David Merz) • 2694
Haus / Krumm / Quarch: Gesamtes Verkehrsrecht (Jürgen Cierniak)

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	27
Beschleunigtes-Online-Verfahren T. Steffen		Was hilft gegen irreführende Werbung? R. Münker		web.report	28
Agenda	6	Standpunkt	15	Stellenmarkt	29
Meldungen / Kolumne	7	Gleiches Beamtenrecht für alle? K. Voigt		Beck'sche Zeitschriften	40
Gesetzgebung	8	Aus der Anwaltschaft	17	Buchhinweise	42
Rechtsprechung in Kürze	8	Akzeptanz der Schlichtungsstelle steigt S. Göcken		Personalien	44
Entscheidung der Woche	9	Ausbildung & Karriere	19	Heftvorschau/Impressum	46
Leserforum	10	Berater für Durchfaller J. Jahn			

INHALT

Rechtsprechung

Verfassungsgerichte		
BVerfG 12.06.18 – 2 BvR 1068/14 Verfassungsmäßigkeit des Streikverbots für Beamte	2695	OLG Köln 12.04.18 – 15 U 112/17 Kein Unterlassungsanspruch gegen Bildberichterstattung über Prügelattacke (Anm. E. Wanckel) 2735
Zivilgerichte		Strafgerichte
BGH 04.07.18 – IV ZR 200/16 Intransparenz einer Vorerstreckungsklausel (Anm. B. Lensing) 2710		BGH 06.06.18 – 2 AR 106/18 Anwendbarkeit deutschen Strafrechts auf Auslandsstat – Passives Personalitätsprinzip 2742
BGH 05.07.18 – III ZR 273/16 Mehraktige Geschäftsbesorgung – Verjährung, Aufwendungsersatzanspruch 2714		Verwaltungsgerichte
BGH 26.07.18 – III ZR 391/17 Unentgeltliche Beförderung von Bundespolizeibeamten als Flugsicherheitsbegleiter 2718		BVerwG 30.05.18 – 5 C 2/17 Örtliche Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers bei aufgeteilter Personensorge 2743
BGH 14.06.18 – III ZR 54/17 Keine eingeschränkte Amtshaftung bei Brandbekämpfung (Anm. J. Singbartl / J. Zintl) 2723		Arbeitsgerichte
BGH 20.06.18 – XII ZB 39/18 Rechtsbeschwerde gegen Einwilligungsvorbehalt und Ablehnung eines Betreuerwechsels 2729		BAG 25.04.18 – 5 AZR 25/17 Mindestlohn – Nachtarbeitszuschlag für Zeitungszusteller 2745
BGH 09.01.18 – VI ZR 106/17 Anforderungen an die Beweiserhebung im Arzthaftungsfall 2730		Finanzgerichte
BGH 25.01.18 – IX ZR 104/17 Auslegungsgrundsätze in der Vollstreckung – Pfändung einer Berufsunfähigkeitsversicherung (Anm. S. L. Gössl) 2732		BFH 06.12.17 – VI R 41/15 „Arbeitswohnung“ neben der ehelichen Eigentumswohnung – AfA und Schuldzinsen 2750
		BFH 25.04.18 – VI R 35/16 Abzug von Unterhaltsaufwendungen als außergewöhnliche Belastung (Ls.) 2752



Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 18/2018

Miet- und Immobilienrecht Immobilienwirtschaft trifft Gewerberecht	Gesellschaftsrecht Änderung eines GmbH-Geschäftsführer-Dienstvertrags
Familienrecht Vaterschaftsanfechtung und Staatsangehörigkeitsverlust	Arbeitsrecht Beschäftigtendatenschutz in der DS-GVO-Welt
Erbrecht Vollstreckungsabwehrklage bei Vorbehalt beschränkter Erbenhaftung	Strafrecht Neues zur rechtsstaatswidrigen Tatprovokation
Verkehrsrecht Erforderliche Anwaltskosten bei höherem Restwertangebot	Anwalt und Kanzlei Ende des Verbots der Einzelfallwerbung?!
Baurecht Bauplanungsrecht und temporäre Wohnformen	Alle Rubriken Rechtsprechungsübersichten